

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 23. April 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang, Nummer 78

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis: 10 Pf. pro Stück. Einzelnummer 10 Pf. Durch den Postweg monatlich 3.00 RM., unter Kreuzband 3 RM. 50 Pf. Bestellort: Die Verlagsanstalt „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Postfach 10. Bestellungen: Die Verlagsanstalt „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Postfach 10. Abbestellungen: Die Verlagsanstalt „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Postfach 10. Die Redaktion: Die Verlagsanstalt „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Postfach 10. Die Druckerei: Die Verlagsanstalt „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Postfach 10.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. ...
Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50.
Telefon 439 02. Erscheinung der Redaktion von 12-13 Uhr.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Verteilung:
Breslau, Sankt 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-10 Uhr.
Verlagsort: Druckverlagsgesellschaft „Der Rote Stern“ in Breslau.
Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ AG, P.O. Breslau.
Kreuzberg Straße 50. Telefon 484 88.

Hunger- und Polizei-Stat Breslaus

Schweidnitz

Breslau, 23. April.

Der Bezirksparteitag der SPD. Mittelschlesiens hat getagt. Er ist zum ersten Male nicht in Breslau, sondern in dem „Schlesischen Potsdam“, in Schweidnitz, zusammengetreten. Zum ersten Male tagte der Parteitag nicht in der Stadt, die den stärksten Kader der Sozialdemokratie Schlesiens, in Breslau, sondern in der Stadt, die den zurückgebliebensten, den verbleibendsten Teil der SPD. darstellt, in Schweidnitz. Diese Tatsache kommt nicht von ungefähr Schweidnitz, das ist ein Programm, das ist das ausdrückliche Bekenntnis zur Politik des Zentralvorstandes, zur Politik der Reichstagsfraktion. Schweidnitz ist das Bekenntnis zur Stützung der Brüning-Regierung, das Bekenntnis zur Stützung der Diktatur, das Bekenntnis zum Wehretat und zum Panzerkreuzer, zur Lohn- und Steuerrauboffensive, zur Notverordnung, das Bekenntnis zum Unterdrückungsraub an den Erwerbslosen, an den kleinen Rentnern und Kriegssoldaten. Schweidnitz, das ist ein Programm, das ist das Programm der Politik, der imperialistischen Aufrüstung, des Hungers und des Krieges und der brutalsten Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse.

Einige Tatsachen. Auf dem Parteitag sprach Löbe, der Reichstagspräsident Löbe, der in den langen Jahren seiner Tätigkeit in dem Reichstag hundert- und tausendmal bewiesen hat, daß er ein willkürliches Werkzeug der herrschenden Klasse ist, der hundertmal die Machtmittel des Staates einsetzte, um die empörenden Proteste kommunistischer Abgeordneter gegen den schamlosen Verrat der SPD. im Reichstag abzuwürgen und mundtot zu machen. Seine Rede war ein einziges Entschuldigen und Bemänteln, ein „Erklären“ und Deuteln der Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes, ein Unternehmen, das die Arbeiterklasse noch auf jedem Parteitag erlebte.

Und noch eine Tatsache: Die Resolution, die den „Rein“ die schärfste Mißbilligung ausdrückte, wurde angenommen und damit angenommen und akzeptiert der Wehretat Brüning, die Panzerkreuzer, die Notverordnungen und die Lohn- und Steuerrauboffensive, der Preisensenkungsschwindel, die Wucherzölle, der Unterdrückungsraub. Dafür aber wurde eine Resolution, die dem Abgeordneten Schöpflin die Mißbilligung ausdrückte für seine kriegsbegeisterte Rede im Haushalts-Ausschuß („Lieber zehnmal mit Herrn Groener, als einmal mit den Kommunisten“), der vom Ohlauer Tor eingegangen war, abgelehnt. Damit solidarisierte sich die Partei, die „höchste Instanz“, mit dem patriotischen Bekenntnis der kriegsbegeisterten Wehretatsbewilliger und Kriegskameraden des Herrn Groener.

Und noch eine Tatsache. Der Parteitag nahm einstimmig eine Entschließung an gegen den Stahlhelmaufmarsch, die aus außenpolitischen Gründen von der „Reichs- und Staatsregierung eine gründliche Prüfung dieser Sachlage und geeignete Maßnahmen zur Abwehr der dem deutschen Osten durch die Absichten des Stahlhelms drohenden Gefahren erwartet“.

Wohlgemerkt, einstimmig ist diese Entschließung angenommen. Für sozialdemokratische Arbeiter, ihr, Werttätige, die ihr den Kampf führen wollen gegen den immer frecher werdenden Mordterror der Faschisten, merkt auf: auch Herr Ziegler und Herr Schramm haben für diese Entschließung gestimmt. Auch sie erwarten von der Brüning-Regierung, von der Regierung der faschistischen Diktatur und der Notverordnung, daß sie „geeignete Maßnahmen“ gegen die Faschisten ergreift. Die „geeigneten Maßnahmen“ der Regierungsstellen, auch der sozialdemokratischen Staatsfunktionäre, und gerade die, gegen den Mordterror der Faschisten sind (Samburg ist ein Symbol) ein Verbotsschlag gegen die kommunistische Presse, sind Ausnahmemaßnahmen und Gesetze gegen die Arbeiter, sind Polizeiberufe auf Arbeiterdemonstrationen, auf Arbeiter, die ihren von den Faschisten ermordeten Kameraden beerdigen, um noch mehr Arbeiterblut zu vergießen, sind Diktaturgesetze gegen das revolutionäre Proletariat. Das wissen die Herren Ziegler und Schramm sehr genau und sehr gut, und wenn sie dieser Resolution zustimmten, so dokumentieren sie damit offen, daß sie mit der Politik des Parteivorstandes einverstanden sind.

Und noch eine Tatsache: „Wir sind die Partei, der die historische Aufgabe zugefallen ist, die Republik zu verteidigen und weiter auszubauen!“ Das waren die Worte, die der Vorsitzende des Parteitages, Lehmann, dem Parteitag zum Gelingen gab. Und das war in der Tat der Parteitag. Er hatte die Aufgabe zu erfüllen, diese kapitalistische Republik zu verteidigen vor den Angriffen der Arbeiter, der werttätigen Massen und die Grundlagen dieser kapitalistischen Republik, die Ausbeutung, die Profitgier, die rücksichtslose Unterdrückung jeglichen Widerstandes der Werttätigen auszubauen. Alle sozialdemokratischen Arbeiter, die immer noch gehofft haben, einmal die offizielle Politik der Partei umzustellen, einmal wirklich proletarische Politik zu betreiben, die immer noch gehofft haben, daß die „Linken“ einmal zur Macht in der Partei kommen und dann die Partei wieder zu einem Instrument des Klassenkampfes wird, sie mußten erkennen, daß dieser Partei-

12 1/2 Millionen mehr aus euren Taschen

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der Beratungen im Stabparlament steht zurzeit der Etat der Stadt Breslau. Dieser Etat ist ein Bankrottetat, 12 1/2 Millionen Defizit zeigt er für das Haushaltsjahr 1930, 12 1/2 Millionen, für die keine Deckung vorhanden sind und die im kommenden Etatsjahr „eingespart“ werden sollen. Wie diese Einsparungen aussehen, das kennt die werttätige Bevölkerung zur Genüge, und das zeigt ein kurzer Blick auf diesen Etat, dessen Gesamtbild folgende Ziffern zeigt:

	1930	1931
Bruttoeinnahme	146 768 606 RM.	123 582 600 RM.
Bruttoausgabe	146 768 600 RM.	136 082 600 RM.
Nettoeinnahme	136 517 933 RM.	113 369 400 RM.
Nettoausgabe	136 517 933 RM.	125 869 400 RM.

Durch Lohnraub an den rüstellosen Arbeitern, durch Abbau der Gehälter der Angestellten und unteren Beamten, durch rücksichtslosen Abbau der Rüststoffe der Wohlfahrtsanstalten und die brutale Kürzung der Ruhegehälter der Magistrate diesen Etat „ausbalancieren“. Die Kultur- und Haushaltungsschulen hat man die Ausgaben um 1 1/2 Millionen niedriger angelegt als im vorigen Jahre, während die Schülerzahl aber von circa 48 000 auf circa 50 000 gestiegen ist. Auch im Jugendwohlfahrts- und Gesundheitswesen und in allen Zweigen der Wohlfahrt sind die Ausgaben stark gekürzt.

Verfügt der Magistrat, das Defizit von 12 1/2 Millionen mit allen Mitteln aus den Knochen der Werttätigen herauszuquetschen, will er rücksichtslos die Massen der Erwerbslosen, die Kleinrentner und Ruhegehaltsempfänger dem nacktesten Elend preisgeben, will er rücksichtslos und brutal die Hungerlöhne der Angestellten und Arbeiter kürzen, will er die Bürgersteuer um 200 Prozent erhöhen und den selbständigen Mittelstand immer mehr in Verschuldung und Bankrott treiben und

einen großangelegten Raubzug auf die Taschen der Werttätigen durchführen, so hat er auf der anderen Seite doch ein warmes Herz und ein offenes Säckel für die staatliche Polizei.

Die Polizeizuschüsse sind um fast eine halbe Million gestiegen!

Der Zuschuß zur staatlichen Polizei ist im Etat für 1931 mit 2 336 000 Mark angelegt, das sind fast eine halbe Million mehr als im Jahre 1930. Das kennzeichnet den Klassencharakter dieses bankrotten Systems, das leunzschmet die Methoden, mit denen der Magistrat Breslaus das Massenelend bekämpfen will.

Für die Hungernden, für die Werttätigen neue Steuern, Brotwucher, Lohn- und Unterdrückungsraub, und für die Polizei, für die staatlichen Nachmittell hat man Geld genug.

Die werttätigen Massen müssen erkennen, daß, solange dieses kapitalistische System existiert, sie immer wieder und wieder betrogen und ausgeplündert werden, und daß nur die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung, nur ein sozialistisches Deutschland die Befreiung aus Elend und Not, aus Verfolgung und Knechtschaft bringen. Die werttätigen Massen, die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die Kleinrentner und Kriegssopfer, die Mittelständler und selbständigen Gewerbetreibenden müssen erkennen, daß es nur einen Ausweg gibt, den entschlossenen Kampf in der einheitlichen Front aller Werttätigen unter der Führung der kommunistischen Partei, und müssen diesen Weg gehen und den Kampf aufnehmen.

Heraus zum Protest gegen die Massenausplünderung, heraus zum Kampf gegen neue Steuern, neuen Lohnraub, neuen Brotwucher.

Marschiert auf am 1. Mai. Kampfaufmarsch und Massenstreik ist die Antwort der werttätigen Bevölkerung Breslaus.

Notes Maitomitee und UOB-B-Kartell führen gemeinsamen Maiaufmarsch durch

Peisternitz, Kreis Ohlau. Das Gewerkschaftskartell, das eine kommunistische Mehrheit gehabt hatte, ist seinerzeit von der Bürokratie aufgelöst worden. Das neue Gewerkschaftskartell hat sich an das rote Maitomitee zwecks gemeinsamer Maidemonstration gewandt. Die abgeschaltene gemeinsame Sitzung hatte das Ergebnis, daß am 1. Mai um 13 Uhr, eine gemeinsame Demonstration unter revolutionären Kampfeslosungen durchgeführt wird. Die Ansprache hält der SPD-Vertreter Genosse Broske. Anschließend Abmarsch nach dem Sportplatz. Dort werden sportliche Darbietungen gegeben. Die

Arbeiter-Schulmeisterkapelle wirkt bei der Demonstration mit. Am Abend Theateraufführung der Roten Hölle.

Die Peisternitzer Gewerkschaftskollegen haben über die Köpfe der Gewerkschaftsführer die revolutionäre Einheitsfront zum 1. Mai gegen Lohnraub und Faschismus geschlossen. Dieses Vorgehen ist auf das lebhafteste zu begrüßen. In allen Orten müssen die Gewerkschaftskollegen und sozialdemokratischen Arbeiter mit der SPD. und der UOB. am 1. Mai demonstrieren. Laßt euch von den sozialfaschistischen Maitomiteen nicht für ihre schmutzigen Geschäfte mißbrauchen. Euer Platz kann am 1. Mai nur in der roten Massenfront sein!

tag restlos ihre Hoffnungen zerstörte. Die Gehaltsworte Hoffmanns zeigten in der Tat die wahre Rolle der Sozialdemokratie. Sie zeigten in der Tat, welche Aufgabe die Sozialfaschisten in den Ministerien, in den Polizeipräsidenten, in den Reichstagen und Parlamenten, in den Schlichtungskämtern und an den Verhandlungstischen zu erfüllen haben: Die Stützung und Verteidigung und den Ausbau der Brüning-Diktatur, des ganzen reaktionären Kurzes der Regierung und des Unternehmertums.

Dieser Parteitag hatte sich zur Aufgabe gestellt, die proletarischen Elemente in der SPD. niederzuknappeln. Scharf wurden die Attacken geritten, nicht genug konnte man den Breslauer Arbeitern vorwerfen, daß sie mit den Kommunisten gemeinsame Sache machten, daß sie, allen Verheißungen zum Trotz, immer mehr die Notwendigkeit des geschlossenen Auftretens, des gemeinsamen Kampfes erkennen. Wenn die SPD.-Presse sich hehlt, immer wieder und wieder zu betonen, daß auf dem Parteitag nur „taktische Reinigungsverschiebungen“ zutage traten, so ist das nur bedingt richtig. So ist das nur richtig, wenn sie von den Reinigungsverschiebungen zwischen den „Linken“ Führern, den Schramm und Ziegler, und dem Parteivorstand berichten. Bei denen sind es in der Tat taktische Fragen: die Taktik des besten Vorgehens, die Taktik, wie man am besten die Massenflucht aus der SPD. eindämmen und das Abwandern der proletarischen Elemente in das Lager des Kommunismus verhindern kann.

Über soweit die Arbeiter auf dem Parteitag waren, die Arbeiter aus Breslau und dem übrigen Schlesien, von denen die „Bergwacht“ schreibt, daß sie „eine immer zweifelhaftere Rolle

spielen“, die „sich nicht scheuen, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen“, da bestehen Unterschiede, die längst keine „taktischen“ Fragen mehr sind. Das ist die Frage der proletarischen Revolution oder der kapitalistischen Ausbeutung und der faschistischen Diktatur. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die nach dem konsequent durchgeführten, unausgesetzten Verrat der SPD.-Führung von diesem Parteitag erwarteten, er werde Abrechnung halten mit den Verrätern, er würde das Gesicht des revolutionären Proletariats tragen, sind bitter enttäuscht, und hart und bitter ist die Erkenntnis, daß es nicht möglich ist, den Kurs der SPD.-Politik umzustellen, daß es nicht möglich ist, innerhalb der SPD. die Interessen des Proletariats zu vertreten. Sie werden erkennen, daß die kommunistische Partei den richtigen Weg geht, daß die kommunistische Partei recht hat in der Beurteilung und Einschätzung der Sozialdemokratie und der „Linken“, daß die kommunistische Partei recht hat, wenn sie den unerbittlichen rücksichtslosen, schonungslosen Kampf führt gegen diese Verräter. Und aus dieser Erkenntnis heraus werden sie die Konsequenz ziehen, werden sie die Reihen der Sozialdemokratischen Partei verlassen, werden sie sich mit Abscheu und Verachtung von den Helfern der kapitalistischen Diktatur abenden und zur einzigen proletarischen Partei, zur kommunistischen Partei, kommen.

Schweidnitz war ein Programm, Schweidnitz war ein Symbol: das Symbol des offenen Bekenntnisses zum Klassenkampf auf der anderen Seite der Barrikade.

Brot, wie lange noch?

Offener Brief des Genossen Walter Müller-Breslau an die SPD-Arbeiter

Das Kriegsbrot kommt!

Sozialdemokraten versuchen ihre Schuld an den neuen Hungermassnahmen zu vertuschen

Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die bisher immer noch die Möglichkeit einer „Eroberung“ der SPD geglaubt haben, haben am 18. April 1931 auf dem Schweißnitzer Parteitag der SPD einen Anschauungsunterricht genossen, der an Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt.

Die sozialdemokratischen Parteitage in Mittelschlesien sind schon seit Jahren bloße Schaustellungen, in denen rechte und „linke“ Führer Theater spielen, um den Massen eine Demokratie vorzuführen, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Das Resultat stand schon immer von vornherein fest. Obwohl der Breslauer Parteitag seiner Mitgliederzahl nach die Majorität im Bezirk stellt, wird diese durch ein raffiniertes Wahlsystem in eine verführerische Minderheit verwandelt. Schon auf dem vorigen Parteitag, der in den Beginn der Weltwirtschaftskrise und der politischen Krise fiel, begann bereits die Selbstentmannung der „Linken“, die vor dem Reichsparteivorstand kapitulierten und mit den Faschisten androhten, weil ich in Ausübung meines Delegiertenmandats in schärfster Weise gegen den Referenten Breitfeld Stellung nehmen wollte.

Jetzt haben die „Linken“ die Quittung für ihre schmachvolle Kapitulation erhalten. Der diesjährige Parteitag trat zusammen in einer Zeit, in der die Parteileitung Verrat auf Verrat und Betrug über Betrug an den Massen der Mitglieder und am gesamten Proletariat verübt hatte. Jeder, der mit den inneren Verhältnissen in der SPD nicht vertraut ist, mußte annehmen, daß die Mitglieder diese Gelegenheit benutzen würden, um eine vernünftige Abrechnung mit der korruptesten Führereliquie zu halten. Aber das Gegenteil trat ein.

Auf der Anlagengasse saßen nicht diejenigen, die offen Verrat geübt hatten, sondern diejenigen, die zur Täuschung der rebellierenden Mitglieder ein einziges Mal mit den Kommunisten gegen den Parteitag gestimmt hatten. Auf der „Anlagengasse“ saßen nicht Sebering und Ziegler, nicht Weis und Dilsdorf, sondern Ziegler und Schramm. Professor Ward vollführte seinen alljährlichen Eierlauf mit „einerseits und andererseits“, und fiel zum siebenunddreißigsten Male während seiner zwölfjährigen Parteimitgliedschaft um. Früher mechtelte Ward seine politische Heberzeugung durchschnittlich drei Mal im Jahre. Seitdem er aber unter Kuratel des Parteipräsidenten steht und (noch im Zusammenhang damit) zum „ordentlichen Professor“ ernannt wurde, hat er seinen eigenen Rekord geschlagen.

Schramm wehrte sich entrüstet gegen den Vorwurf, daß er sich bei der Antipanzereisenbahn auf dem Neumarkt mit den Kommunisten verdrückt habe, und berief sich sogar auf das Zeugnis der „Arbeiter-Zeitung“, die ihm damals bescheinigte, daß es sich lediglich um ein linkes Betrugsmanöver handelte.

Die Maßnahmen, die sich die rechte Bonzenclique auf diesem Parteitag gegen die überwältigende Majorität der Breslauer Mitglieder erlaubt hatte, sind so unerhörte, daß sie selbst in der Geschichte der korrupten SPD ohne Beispiel dastehen dürften. Sie sind ein Paradebeispiel für die Gesichtslosigkeit der proletarischen Mitglieder, die bisher noch an ihre Partei geglaubt haben. Trotz des vorerwähnten Wohlwollens hat Breslau nur vier Sitze im Parteivorstand. Die anderen 18 Sitze werden von den bezahlten Parteisekretären und den Bonzenanhängern aus den Landkreisen besetzt. (Auch ein lehrreiches Beispiel für die Möglichkeit der „Partieeroberung“.) Zwei Breslauer Sitze waren besetzt durch Schramm und durch Kneiff, der als einziger Proletarier und als Leiter der größten proletarischen Abteilung (Kilometer) einstimmig in den Parteivorstand gewählt worden war.

Unter offener Brüstung der Breslauer Parteimitgliedschaft hat nun der zusammengesetzte Parteitag diese beiden aus dem Vorstand ausgeschlossen und statt ihrer die Reichsbanner-Generäle Funke und Kulekowskij eingesetzt.

Wir Kommunisten machen kein Geheimnis daraus, daß wir Schramm für einen viel gefährlicheren Gegner der Revolution halten als Funke. Durch den offenen Sozialfaschisten Funke wird sich kein Klassenbewußter Arbeiter in der SPD zurückhalten lassen. Schramm aber hat als linker Demagoge Hunderte vom Wege zur revolutionären Einheitsfront zur SPD abgelenkt. Tatsache ist aber noch, daß hinter ihm und in noch höherem Maße hinter Kneiff die überwältigende Mehrheit der Breslauer Sozialdemokraten steht, und daß Funke und Kulekowskij neben Kneiff, Birbig und Vogel zu den besten Vertretern der SPD gehören. Trotzdem, aber vielmehr gerade deswegen, wird nun diktatorisch, gegen den Willen der Breslauer Parteimitgliedschaft, dieser Austausch vorgenommen. Die beste Gewähr für ein schnelles Vorwärtsschreiten in der SPD, und in den sozialfaschistischen Gewerkschaften ist bekanntlich die Ablehnung eines Bonzenanwerbers durch die proletarische Parteimitgliedschaft. Als Birbig seinerzeit von den Breslauer Metallarbeitern abgesetzt wurde, da lag er sofort die Treppe hinan, wurde ungeladener König von Schlesien und preussischer Staatsrat. Kneiff wurde nach dem Württembergischen Direktor der Arbeiterbank, der gelbe Gewerkschaftler Seppel wurde nach seiner Erledigung in Breslau auf die Reichsliste gesetzt und gewählt. Winger wurde Staatsrat, nachdem er das Vertrauen der Breslauer Mitglieder verloren hatte. Vogel wurde Diktator in der OLA, nachdem die Parteimitgliedschaft einstimmig seinen Ausschluß wegen offener Verrats am Proletariat beschlossen hatte. Kneiff hat damals allerdings den eindeutigen Willen der Parteimitgliedschaft durch Niederwerfung des Ausschlußverfahrens und Erteilung einer „Küge“ verflüchtigt.

Es geschieht immer das Gegenteil von dem, was ihr wollt, in der großen und in der kleinen Politik, in grundsätzlichen und in Personalfragen. Habt ihr noch immer nicht genug von dieser Komödie, proletarische Mitglieder der SPD? Jahrelang hat man euch in der Illusion gewiegt, daß die „Eroberung“ der Partei möglich sei, und daß ihr durch Ausübung der innerparteilichen Demokratie einen Kurswechsel erzwingen könnt. Jetzt aber hat Kneiff in dem Buche „Die Organisation im Klassenkampf“ selbst zugegeben, daß die Eroberung der SPD unmöglich ist bei dem jetzigen Parteistatut, und daß die Führereliquie trotz aller Scheindemokratie faktisch unabweisbar ist und erst mit dem Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft verschwinden wird.

Für jeden ehrlichen Revolutionär ergibt sich daraus die Konsequenz, aus der Interrevolutionären, sozialfaschistischen Partei auszutreten und die Reihen der SPD zu hürten.

Das aber versuchen die Kneiff und Schramm durch „linke“ Phrasen und durch eine Scheinopposition zu verhindern. In den Januarheften des „Roten Aufbaus“ und der „Roten Einheitsfront“ habe ich ausführlich all die Gründe aufgeführt, die maßgebend dafür

In der sozialdemokratischen Presse wird plötzlich Entrüstung gegen die Brotteuerung gemitt. Der „Vorwärts“ appelliert an die Reichsregierung, diesen Brotpreiserhöhungen noch nicht tatenlos zuzusehen. Diese Stellungnahme des „Vorwärts“ ist ein gemeinsames Ablenkungsmanöver. Die Brotpreiserhöhung ist ja nur die Folge der Zollwucherpolitik des Brüning-Schiele-Kabinetts, dem die Sozialdemokraten jederzeit ihre Zustimmung gegeben haben. Die Herren Schiele und Brüning denken gar nicht daran, die Brotpreiserhöhung zu unterbinden.

Im Gegenteil, um ihre Politik gegen die Verbraucher Massen weiter durchzuführen, plant das Reichskabinett die Einführung eines besonderen Kriegsbrottes, das mit einem hohen Prozentsatz Roggenschrot zubereitet wird, aber dennoch nicht billiger sein soll, als das gegenwärtige Brot.

Zu dieser unverdächtigsten Provokation, die doch nur bedeutet, daß in Zukunft die Arbeiterfamilien schlechteres Brot zu essen bekommen, schreibt der „Vorwärts“ wörtlich:

„Wir haben gewiß nichts gegen ein Roggenschrotbrot einzuwenden.“

Neben der Brotpreiserhöhung und der Verschlechterung des Brotes kommen bereits in dieser Woche die weiteren Pläne der Reichsregierung auf Erhöhung der Zölle für fast sämtliche Fleischsorten zur Beratung. Die hungernden Volksmassen Deutschlands durchschauen das trügerische Spiel der Sozialdemokraten, das diesen Zollwucher überhaupt erst ermöglicht. Sie reißen sich ein in die Kampforganisationen des Proletariats, die an allen Fronten gegen die Hungermassnahmen der Regierung und die faschistischen Vorstöße durch die breitesten Massenorganisationen kämpfen.

Hohe Gefängnisstrafen gegen Antifaschisten

Girschberg. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand am Dienstag gegen sieben revolutionäre Arbeiter ein Landfriedensbruchprozeß statt. Der Anklage lag ein Vorfall vom 2. Februar, der sich in Schmiedeburg abspielte, zugrunde. Seinerzeit ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nazibanden gekommen. Zwei der Faschisten wurden verletzt. Die Faschisten haben einen Arbeiter überfallen. Wegen der Raubtaten hatte die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhoben, trotzdem schickte, daß diese den Zusammenstoß provoziert haben. Das Gericht verurteilte den Arbeiter Heilmann zu acht

Landarbeiter, Landarbeiterinnen

rüftet zum Gründungskongreß des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter am 26. April!

sind, daß Seydewitz und Eckstein, Ziegler, Ward und Schramm niemals die Konsequenzen ziehen werden und deshalb mit zwingender Notwendigkeit zu Verrätern werden müssen. Deshalb kann ich mich an dieser Stelle auf die Wiederholung der Behauptungen beschränken. Ich behaupte:

1. Die „Linken“ sozialdemokratischen Führer wissen und geben zu, daß die Sozialdemokratie heute und in den letzten 15 Jahren die stärkste Stütze des kapitalistischen Systems ist und daß ohne den Masseneinfluß dieser Partei längt die Revolution gesiegt hätte.
2. Sie wissen und geben zu, daß der Weg der Sozialdemokratie den Faschismus begünstigt, daß die Brüning-Regierung die Regierung des ausreißenden Faschismus ist, und daß es keine anderen Möglichkeiten mehr gibt als die faschistische oder die bolschewistische Diktatur.
3. Sie wissen und geben zu, daß die „Eroberung der SPD“ unmöglich ist.
4. Sie wissen, geben aber nicht zu, daß sie durch ihr Verhalten eine schändliche Illusion in den Köpfen der Proletarier sähen, daß sie die Kampfkraft des Proletariats schwächen und die Herstellung der zum Siege notwendigen roten Einheitsfront verhindern.
5. Da sie das alles wissen, ist es eine bewußte Heuchelei, wenn sie vor den Massen erklären, etwas anderes zu sein als die rechten Sozialfaschisten. Im allgemeinen handeln sie bei ihrer Oppositionsspielerei durchaus im Interesse des (auch ihrer Ansicht nach) sozialfaschistischen Parteivorstandes und der Bourgeoisie. Zu ihrer eigenen Rechtfertigung vor den rebellierenden Mitgliedern sind sie jedoch manchmal gezwungen, Schritte zu unternehmen, die scheinbar im Widerspruch zu den Wünschen der Parteileitung stehen. Durch ihre Kapitulation in allen anderen entscheidenden Fragen haben sie sich aber jeder Möglichkeit zu einer wirklichen Opposition beraubt, und da sie das sehr wohl wissen, ist auch ihre in Einzelfällen scheinbar ernstgemeinte Opposition nur ein Scheinmanöver zur Verhöhnung der Parteimitgliedschaft.
6. Schramm und andere „Linke“ erklären jeden für einen Renegaten und Individualisten, der ehrlich die Konsequenzen zieht und zur SPD geht. Sie begründen das damit, daß ein ein geschlossener Abmarsch zur SPD notwendig sei, der im „richtigen“ Angeblid erfolgen müsse. Zu Wirklichkeit denken sie aber gar nicht daran, überzutreten.
7. Wenn es ihnen wirklich darum zu tun gewesen wäre, ernsthaft die Partei zu erobern, und im Mühlengasse große Massen zur SPD hinüberzubringen, dann hätten sie die ein-

Monaten Gefängnis, den Arbeiter Schöllkopf zu sechs Monaten und die übrigen Proleten zu je drei Monaten Gefängnis.

Die Klassenjustiz hat durch dieses neue Terrorurteil wiederum bewiesen, daß sie den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Nazifaschismus hemmen will; ihn zu verhindern, wird sie hierzu nie in der Lage sein. Die Arbeiterschaft muß dieses Urteil mit dem verstärkten Eintritt in den Kampfband gegen den Faschismus beantworten.

Sozial-Patriot Sebering

Für weitere „unpopuläre“ Maßnahmen

Dresden, 22. April. (Eigener Bericht.) Auf einer von den Sozialdemokraten veranstalteten Kundgebung sprach der preussische Innenminister Sebering. Nach seiner vergangenen Koblenzer Rede, in der er für schnellere Aufrüstung eintrat, sind seine Dresdener Worte noch von besonderer Bedeutung. Er erklärte unumwunden:

„Für die Sozialdemokratie ist der Patriotismus keine Angelegenheit der Phrase, sondern der Tat und der Betätigung. In schweren Situationen hat die Sozialdemokratie immer in den vordersten Reihen gestanden. Wir stehen in den nächsten Monaten vor schweren Aufgaben, und es kann sein, daß wir auch zu unpopulären Maßnahmen gezwungen sind.“

Als Panzerkreuzer-Gewissung, Abbau der Sozialausgaben, Piktaturverordnungen, Lohnabbau, das war nach der Meinung Seberings alles ein kleines Vorspiel, dem weitere „unpopuläre“ Maßnahmen folgen sollen. Man weiß nicht, woher Sebering den Mut nahm, dann noch die Frage zu stellen: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Es gibt in Deutschland nicht einen einzigen Menschen, der einer Partei beitreten würde, die die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler mit Füßen tritt. Der zweite Mann für die Sozialdemokratie ist nicht mehr zu gewinnen. Der zweite kommt zu den Kommunisten und bringt den ersten auch noch mit.

Reisewerker Bauarbeiter gegen den Verrat der Bonzen

Reisewitz. In einer am 19. April abgehaltenen Versammlung des Baugewerksbundes wurde zu dem Verrat der Baugewerksbürokratie Stellung genommen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der immer weiter um sich greifende Verrat der Bonzen nachgerade zum Himmel stinkt. Eine Entschließung wurde angenommen, die auf das Schärfste gegen jeden Pfennig Lohnraub protestiert, und in der verlangt wird, daß eine Lohnkürzung mit dem Streik beantwortet werden dürfte.

Sozialdemokrat mit flebrigen Singern

Girschberg, 21. April. Der Gemeindevorsteher von Sedorf, ein Sozialdemokrat, ist seines Amtes entsetzt worden, weil eine Revision ergeben hat, daß er Veruntreuungen in Höhe von etwa 2000 Mark begangen hat. Die Ermittlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, so daß es möglich ist, daß sich die Summe der Unter-schlagungen noch erhöht.

frige Gelegenheit im Oktober, November, Dezember 1930 sowie der letzten Monate der offenen Unterstützung der faschistischen Hungerrichtlinien beizugehen müssen. Sie haben das nicht getan, sondern im Gegenteil zu dieser Zeit aktiv mitgeholfen bei der Abwürgung der entschiedenen proletarischen Opposition.

Alle diese Behauptungen stelle ich zur Diskussion. Im Auftrag der kommunistischen Partei fordere ich die Mitglieder der Breslauer Sozialdemokratie hiermit zu einer öffentlichen Aussprache auf. Ich lade hierzu auch Ziegler und Schramm ein.

Bei allen früheren von der kommunistischen Partei einberufenen Aussprachenden hat die Breslauer Parteileitung der SPD absichtlich in den betreffenden Stadtteilen Abteilungen, Diktatorien oder Funktionärversammlungen angeheft, um so die Mitglieder vom Besuch unierer Veranstaltungen abzuhalten. Die Ausrede, daß es sich da um einen Zufall handelt, wollen wir dieses Mal nicht gelten lassen. Sollten Schramm und Ziegler wiederum seine Kräfte und sich vor der öffentlichen Diskussion brüden, so ist das ein Beweis dafür, daß sie die Diskussion mit den Kommunisten vor der breiten Öffentlichkeit fürchten. Von den proletarischen SPD-Mitgliedern erwarte ich, daß sie erscheinen werden, da sie an einer gemeinsamen Aussprache interessiert sind.

Darum heraus zum Diskussionsabend am kommenden Mittwoch, 19 Uhr, im kleinen Saal des „Schießwerbers“!

Wollt ihr euch von denselben Leuten, die euch tausendmal vertaten haben, noch weiterhin verächtlich machen lassen, wollt ihr euch wie die auf Lafautos zum Parteitag herbeigeleiteten Genossen des SPD für eure aufopfernde Treue noch beschimpfen und hinaus-schmeißen lassen?

Ein Teil der Breslauer Delegierten hat nach der Bergewaltungung den Parteitag vorzeitig verlassen und ist unter Protest abgezogen. Das war richtig so, Genossen, aber dabei dürft ihr nicht stehenbleiben.

Laßt die Sozialfaschisten unter sich! Zieht endlich die Konsequenzen!

Euer Platz ist nicht in der Panzerkreuzerpartei, sondern in der roten Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitalismus. Tretet in Massen über zur SPD, zur Partei Lenins!

Kämpft mit uns für ein sozialistisches Sowjetdeutschland! Mit kommunistischem Gruß!

Walter Müller, Frankfurter Straße 74.

Rund um den Erdball

Der Massenmörder als Sprachrohr der pläffischen Reaktion

Neunfaches Todesurteil für Peter Kürten

Staatsanwalt Janßen: „Hauptverdienst der Entlarvung gebührt der kommunistischen Presse“

Im Prozeß gegen den Massenmörder Peter Kürten wurde am Mittwochnachmittag um 4,10 Uhr vom Schwurgericht nach anderthalbstündiger Beratung das Urteil gefällt. Unter lautloser Spannung des vollbesetzten Verhandlungssaales verkündete Landgerichtsdirektor Rose folgendes Urteil: „Der Angeklagte ist des Mordes in neun Fällen und in zwei Fällen der Notzucht und der gewalttätigen Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig. Er wird für jeden Fall des Mordes mit dem Tode bestraft, ferner wegen Mordversuch in sieben Fällen zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die „bürgerlichen Ehrenrechte“ werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Außerdem wird er unter Polizeiaufsicht gestellt. Die zu den Taten benutzten Instrumente werden vom Gericht eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.“

Düsseldorf, 22. April. Am Mittwoch vormittag begannen zunächst die Plädoyers. Zuerst sprach der Staatsanwaltschaftsrat Janßen. Aus den Ausführungen der Staatsanwaltschaft ging die völlige Hilflosigkeit zum sexuell-pathologischen Problem Kürten hervor. Zu Beginn der Ausführungen hielt Staatsanwaltschaftsrat Janßen eine große Verteidigungsrede für die Kriminalpolizei. Die Polizei habe 12.000 Spuren verfolgt, ferner hätten sich 200 Personen selbstbezichtigt. Auch die beste Kriminalpolizei hätte also nicht anders arbeiten können, als es in Düsseldorf geschehen ist. Staatsanwaltschaftsrat Janßen bespricht dann jeden Mordfall bis in die kleinsten Details, die schon allgemein bekannt sind.

Dazu erklärte er wörtlich, daß das größte Verdienst an der Ueberführung Kürtens unserem Schwesterorgan, der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“ zuzuschreiben ist.

Kürten hat nämlich auch an diese Zeitung einen Mörderbrief geschrieben, der aber im Gegensatz zu allen anderen Mörderbriefen nicht veröffentlicht wurde. Die Angaben in diesem Brief wiesen völlig einwandfrei darauf hin, daß sie tatsächlich vom Urheber der Taten gemacht worden waren.

Fromme Wünsche

Nun folgte der Oberstaatsanwalt Eiche mit einem außerordentlich scharfen Plädoyer, in dem die entscheidenden Grundfragen übergegangen wurden. Seiner Weisheit letzter Schluß waren die Worte: „Wir haben in Kürten ein Exemplar von abgrundtiefer Verkommenheit und wollen nur hoffen, daß sich ein solches Exemplar nie wiederholen wird.“ Er ging dann auf die Jugend Kürtens ein und auf jene drei Wochen, die Kürten als Aushilfsarbeiter vom Elternhaus fern verbracht hat und sich während dieser Zeit vom Straßenraub ernährte. „Leider Gottes ist er damals nicht in eine Zwangsarbeiterziehung gekommen; da wäre er vielleicht noch ein ordentlicher Mensch geworden. Kürten habe kein Joch, der König der Sexualverbrecher zu werden, mit allen Mitteln zu erreichen versucht. Die Frage ist nun, ob man einem solchen Mann die Zurechnungsfähigkeit absprechen muß. Kürten sei der lebendige Beweis dafür, daß die Ungeheuerlichkeit der Taten nicht die Unzurechnungsfähigkeit des Täters voraussetzt.“ Das Motiv seiner Morde ist die sexuelle Befriedigung. „Dieses sexuelle Motiv bleibt aber durchaus im Rahmen der freien Willensbestimmung.“ Zu den krankhaften Erhebungen Kürtens wußte der Oberstaatsanwalt nichts weiter zu sagen, als: „Jeder Mensch muß eben sein Geschlechtsleben zügeln...“

Der Strafantrag

Um 11 Uhr wurden dann folgende Strafen gegen Kürten beantragt: Neunfache Todesstrafe wegen vollendeten Mordes in Lateinheit mit verlustiger Notzucht, 60 Jahre Zuchthaus, die nach dem Gesetz auf eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus zusammengefaßt sind, „Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“ auf Lebensdauer, Stellung unter Polizeiaufsicht auf Lebenszeit und Einziehung der Mordinstrumente.

Massenmörder verteidigt den Kulturfaschismus

Nach den kurzen Ausführungen des Oberstaatsanwalts nimmt Kürten das Wort. Was er vorträgt, ist ihm ungewißhaft vom Gefängnisgeistlichen vorgelesen und so ungeheuerlich, daß besonders die merkwürdige Bevölkerung mit allem Nachdruck auf diese Unverständlichkeit des Alerus hingewiesen werden muß. Kürten tut nicht mehr und nicht weniger, als seine Taten in Parallele zu stellen mit dem Abtreibungsprozeß Wolf-Kienle. Weiter versucht er unter dem Einfluß des Gefängnisgeistlichen sich ein moralisches Gesicht gegen die Gottlosenbewegung zu geben. Ausgerechnet dieser Mensch, dessen trostlose Jugend in einer kinderreichen Familie geradezu ein typisches Beispiel für die Abschaffung des § 218, bricht für diesen Paragraphen eine Lanze.

Kürten sagt: „Meine Taten sind nach meiner jetzigen Erkenntnis so abscheulich, daß ich gar nicht den Versuch wage, sie in irgendeiner Form zu entschuldigen. Aber sie wären doch nicht so

furchtbar, wenn man daran denkt, daß die Ärzte Dr. Wolff und Kienle in Stuttgart Tausende von Menschenleben geübt haben und dafür von gewissen Volksschichten noch gefeiert werden. Man sagt, mein unglückliches Innenleben sei nicht die Ursache meiner späteren Taten. Ich glaube, im Gegenteil, daß die Familie das Wichtigste für den Menschen überhaupt ist. Heute sind ja Kräfte am Werke, um das Familienleben zu zer-

In der Roten Armee wären diese Menschenschinder einfach undenkbar

Reichswehrmusiker in den Tod geheht

„Der Alte soll bei lebendigem Leibe verkaufen“

Wiesbaden, 22. April. Nach Meldung der sozialdemokratischen Arbeiter Zeitung wurde vor einigen Tagen in einem bei Siechen gelegenen Walde die Leiche des Reichswehrojambats Wagner vom Reichswehrkommando Siechen gefunden. Wagner, der als Musiker in der Reichswehr tätig war und seit dem 23. Februar dieses Jahres vermisst wurde, hatte sich erhängt. Auf einem Bettel, den man bei der Leiche fand, verfluchte der Selbstmörder denjenigen seiner Vorgesetzten, der ihn zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben hatte, mit den Worten: „Der Alte soll am lebendigen Leibe verkaufen.“

Nach der Darstellung der sozialdemokratischen Zeitung ist dieser Reichswehrsoldat ein Opfer eines wahrhaft satanischen Menschenschinders, des Obermusikmeisters Löber, geworden. Dieser Soldatenquälerei muß das Leben seiner willenslosen Untergebenen geradezu zur Hölle gemacht haben. Zu den Alltagsarbeiten gehörte es bei ihm, u. a. seine Musiksoldaten mit den tollsten Beschimpfungen anzuschreien, bei denen selbst der berühmteste Feldwebel des kaiserlichen Heeres noch nachträglich vor Reib erblasse mußte. Einen besonderen Takt hatte dieser Kapellmeister auf den Obergrenadier Wagner, der trotz seiner Jugend drei Jahre lang erster Trompeter gewesen war und eine hohe künstlerische Begabung besaß. Nicht genug, daß er diesen jungen Menschen auf allerlei raffiniert-satanische Weise quälte, mußte er auch mehrere Male bei grimmiger Winterkälte in der Wästelische Jundenlang „zur Übung“ trompeten.

Eine andere Quälerei, die ebenfalls an die berühmte kaiserliche Methode der Soldatenschinder erinnert, bei der, wie viel-

leicht noch nicht vergessen, Soldaten auf den Kleiderstapeln beim Gefang von „Deutschland, Deutschland über alles“ Aniebung machen mußten, war, daß der Obermusikmeister Löber die Musiker ohne Rücksicht auf Alter und Dienstgrad während der Probe in Aniebung spielen ließ.

In der glühenden Hitze des Sommers ließ dieser Schinder seine Musikanten mit der Dunsttiepe auf dem Kopf auf der staubigen, sonnenbeschienenen Landstraße stundenlang auf- und abmarschieren und sich die Lunge aus dem Hals mühsameren. Der junge Wagner, der sein verpfushtes Leben im Dienste der Republik jetzt im Walde von Siechen ein Ende bereitet hat, beging bereits im vergangenen Jahre einen Selbstmordversuch. Ein zweiter Soldat, der Obergrenadier Bauer, bei ebenfalls unter den Böswilligkeiten dieses unformierten Sadisten zu leiden hatte, griff in seiner Verzweiflung zum Gas hahn. Nur durch das Dazwischentreten seiner Witrin wurde verhindert, daß Obermusikmeister Löber nicht zwei junge Menschen in den Tod hehte. Und das Reichswehrministerium? Was wird es tun? Es wird sich gewiß wieder wie so oft beeilen, zu versichern, daß „umgehend eine strenge Untersuchung eingeleitet wird.“

Der größte Mordprozeß in der Geschichte der deutschen Kriminalistik ist damit beendet. Das Urteil ist so ausgefallen, wie es zu erwarten war. Da sich aber mit dieser „Weltensaktion“ seit Tagen Millionen von Zeitungslesern beschäftigt haben, ist es notwendig, daß wir in einem abschließenden Artikel noch einmal von unserm marxistischen Standpunkt aus den Fall Kürten beleuchten. Was in der morgigen Ausgabe unserer Zeitung geschehen wird.

Eine Frage an die Werktätigen in Deutschland: Was glaubt ihr, würde mit diesem Obermusikmeister in der Roten Armee geschehen? Nun, diese Frage ist in bezug auf die Rote Armee einfach gar nicht zu stellen! Solche Fälle sind in der ersten Armee des Weltproletariats undenkbar, denn Soldaten und Vorgesetzte sind dort gleichgestellte Kameraden im Kampf für den Sozialismus.

Humänisches Dorf in Flammen

104 Bauernhöfe vernichtet — Ein Todesopfer

Bukarest, 22. April. In der Gemeinde Crna in der Wallachei brach durch Unvorsichtigkeit einer Bäuerin in einem Gehöft Feuer aus. Der herrschende heftige Wind trug den Brand mit Blitzesschnelle über den ganzen Ort. 104 Bauernhöfe wurden bis auf die Grundmauern eingeebnet. Nach den bisher vorliegenden Meldungen kam eine Person in den Flammen um, außerdem verbrannte sehr reiches Vieh.

Sagt's weiter...!

Sozialistische Bücher und Broschüren, sagt man, sind Waffen im Klassenkampf. Richtig. Aber was nützen, zum Teufel, diese Waffen im Klassenkampf, wenn sie in dunkelgebeizten Nußbaumschränken oder auf grün-, gelb-, blaulackierten Borten „verrostet“? Einen Dreck nützen sie da was! Kommt mir bloß nicht mit der Pille: Die brauch ich als Nachschlagerwerke... (Grimmig Lachen.) In einer Zeit, wo Millionen Klassengenossen sich kaum den Bauch mit Kartoffeln vollschlagen, geschweige sich Bücher kaufen können, gilt die Entschuldigung von wegen „Nachschlagerwerke“ allerhöchstens für die Werke unserer marxistischen Klassiker. Alles andere aber: Raus damit aus dem Nußbaumschrank! Runter damit von den Bücherborten! Und fix, fix, ins Volk damit! Laßt euch doch nicht von dem 16jährigen Jugendgenossen beschämen, der am Dienstag auf dem Massenkritikabend der Berliner Jugend über Bogdanows „Das erste Mädel“ erzählte, daß er sich das Buch vor fünf Monaten auf Abzählung von seiner jammervollen Lehrlingslöhning gekauft hätte und daß es seit der Zeit kursierte wie'n blanker Fußzicker. Fühlt sich jemand getroffen?

Neue Erdstöße in Neuseeland

Neuseeland ist wieder von neuen schweren Erdstößen heimgesucht worden. In der Hawkes-Bucht, an der die im Februar durch schweres Erdbeben zerstörte Stadt Napier liegt, kürzten eine Anzahl der Häuerruinen aus jener Zeit ein.

Das Sprengungsglück bei der Reichswehr

Ein zweiter Verletzter jetzt gestorben

Osterode, 22. April. Das von uns bereits gestern gemeldete Explosionsunglück bei der Sprengübung der Reichswehr in Osterode hat jetzt ein zweites Todesopfer gefordert. Der Obergefreite Olbrich ist in der Nacht zum Mittwoch seinen schweren Verletzungen erlegen. Die offiziellen Reichswehrstellen beeilen sich, mitzuteilen, daß die bisherige Untersuchung ergeben hätte, daß ein „Verschulden irgendwelcher Personen an der Minenexplosion nicht vorläge.“

Jad Diamond wieder verhaftet

Kanu, war er so knausrig mit Bestechungsgeldern?

Reuhort, 22. April. Der millionenschwere Bandenführer Chilasos, Jad Diamond, ist in seiner stark besetzten Villa bei Aera in den Catskill-Bergen verhaftet worden.

Die Behörde hat eine ganze Abteilung schwerbewaffneter Polizisten aufgeboden zu dieser Aktion. Trotzdem Jad Diamond von einer ebenfalls gut bewaffneten Leibgarde umgeben war, ließ er sich jedoch widerstandslos verhaften. Seine Festnahme erfolgte auf die Anzeige eines Schiffsjägers hin, der Mittäter der Bande Jad Diamonds beschuldigte, sie hätten ihn überfallen, an einen Baum gebunden und Feuer unter seinen Füßen angezündet.

Englischer Dampfer vermisst

Der 1107 Tonen große Dampfer „Calder“, der am Freitag Hamburg verlassen hat, ist in seinem Bestimmungshafen Goole nicht angekommen. In der Humber-Mündung sind ein Rettungsboot und ein Rettungsring der „Calder“ an Land gespült worden. Neun Flugzeuge sind abgegangen, um die Nordsee nach Spuren des Schiffes abzusuchen.





Sie sparen Geld, wenn Sie bei uns kaufen. Unsere Speisen und Getränke vereinigen Billigkeit und hohe Qualität!

Rhein- und Moselweine	Rot- und Bordeauxweine	Wermut- und Sdweine	Frucht- und Schaumweine
1928er Edenkoberer hervorragend mild Tischwein 1/2 Fl. 80 Pf.	Deutscher Rotwein hervorragend, hochfein für Götterweine 1/2 Flasche 80 Pf.	Deutscher Wermutwein die deutsche Edelmarke, hervorragend und bereift. Qualit. 1/2 Fl. 90 Pf.	Apfelgold süß, hochfein, be-kömmlich, Marke Rübezahl, 1/2 Fl. 60 Pf.
1928er St. Martin, Schloß, fein, rasig, süßig 1/2 Flasche 90 Pf.	Spanischer Rotwein vollmundig, sehr fein, 1/2 Flasche 1 00	Italien. Wermut, Emilio ungenügend, unerreicht, 1/2 Fl. 90 Pf.	Johanniseberwein vollkomm. feurig, pikant, Marke Rübezahl, 1/2 Fl. 75 Pf.
1928er Liebfraumlich elegant, selt und moilig, 1/2 Flasche 1 00	Saint Emilion Bordeaux extra feine Art 1/2 Flasche 1 50	Glühwein für echte Torino 1/2 Flasche 2 10	Stachelbeerwein volle, wärz. mild, Marke Rübezahl, 1/2 Fl. 75 Pf.
1928er Oppenheimer Krietenbrunnen blumig, anregend 1/2 Flasche 2 10	1924er St. Julien Bordeaux hervorragend edler Tropfen 1/2 Flasche 2 00	Velona, hochf., griech. Muskat, Cephalonia, 1/2 Flasche 80 Pf.	Heldelbeerwein hocharomat., stril. empl., Marke Rübezahl, 1/2 Fl. 75 Pf.
1927er Rüdesheimer Kiesel pikant, würzig 1/2 Flasche 3 00	1928er Chateau Dauxac Labarde pikant, 18r Genleber 1/2 Flasche 2 50	Tarragon extra feine Qualität, 1/2 Flasche 1 20	St. Barbara Riesling unsere Hausmarke, 1/2 Flasche 3 00
1929er Moselscher Berg sehr rasig pikant 1/2 Flasche 1 00	1928er Graves superieures (weiß. Bord.) m. fein Edeldöde 1/2 Flasche 1 70	Feiner alter Malaga golden, sehr leutig, 1/2 Flasche 1 20	Henkel Silberatrolf 1/2 Flasche 4 00
1928er Zeller schwarze Katz vollmundig, spritziger Wein 1/2 Fl. 1 50	1925er Graves halbbaus (weißer Bordeaux) extra fein, 1/2 Flasche 1 70	Original Sherry hierbei Frühstückswein, 1/2 Flasche 2 10	Kupferberg Kupfer 1/2 Flasche 4.25, 1/2 Flasche 2 60
1928er Golerayaler Neuburg Spitzflöde Wachstum Huesgen Böcking, Org. Abt. m. Korkbrand 3 00		Alter Deure Partwein rasig, trockenstüb. 1/2 Flasche 2 10	Kupferberg Gold 1/2 Flasche 5.55, 1/2 Flasche 3 40
		Alter Original Isael-Madeira Isael, edler Tropfen 1/2 Flasche 2 10	Henkel Trocken 1/2 Flasche 5.55, 1/2 Flasche 3 40
		Apfelgold rasig und mild, Marke Rübezahl, 1/2 Flasche 60 Pf.	Hochheimer Goldlack Obst schaumwein 1/2 Flasche 1 75

Bei diesen Preisen können wir auch bei größerem Bezug und Wiederverkäufern keinen Rabatt gewähren. Verkauf in 20 Gaststätten und Bestelgeschäft Ring 3, neben der Gaststätte. — Telefon 25937 — Preise ohne Flasche.

Waldenburger Bergland

Wie ein Sozialdemokrat die „Notverordnung“ auslegt

Ueber Thema darf nicht gesprochen werden

Wer entweder die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung selbst miterlebt oder sie nachträglich aufmerksam studiert hat, wird darin eine Unmenge von Material finden, das Zeugnis davon ablegt, wie kleinlicher Polizeigeist schon in der Vorkriegszeit den Aufstieg der Arbeiterklasse mit aller Gewalt zu hemmen versuchte. Selbst der „eiserne“ Kanzler Bismarck, der bereit war, im Blute bis an die Knie zu waten, um diesen Aufstieg zu hemmen, mußte von der politischen Bühne abtreten, und die Arbeiter marschierten weiter. Das war jene Zeit, wo — wenn wir nicht irren, war es sogar Schlessen — eine Verammlung aufgelöst wurde, als der Leiter der Verammlung bekannt gab, der Referent spricht über das Thema usw. Da jagte der überwachende Gendarm:

„Ueber Thema darf nicht gesprochen werden!“ und löste die Verammlung auf.

Von diesen Traditionen zehren heute noch die Sozialdemokraten, obwohl sie nach dem Niederringen des vorkriegszeitlichen Terrorz der Arbeiterbewegung in den Sumpf geföhrt haben. Und heute, da geben sich dieselben Leute Mühe, jene Gendarmen aus der Bismarck-Zeit noch zu übertrumpfen. Sie haben jetzt nicht nur aktiv an der Schaffung des Belagerungszustandes geholfen, sondern gerade ihre in Amt und Würden befindlichen Funktionäre geben sich die größte Mühe, in noch schümmerer Weise die Arbeiter zu schikanieren als wie damals. Ein solcher Bismarckscher Sozialdemokrat ist auch der sozialdemokratische Amtsvorsteher von Neupendorf, Schmidt, mit dessen eigenartigen Methoden wir uns schon des öfteren beschäftigen mußten. Jetzt hat er sich die Notverordnung zunutze gemacht, um den Beweis zu liefern, daß er sich sehr gut zu einem Gendarmen eignen würde. von der Seite, von der wir oben aus der Vorkriegszeit berichten: „Diesem, dem Sozialdemokraten schändenden Staatsfunktionär, ist besonders der „Einheitsverband der Bergarbeiter“ ein Dorn im Auge. Er glaubt in der Notverordnung ein gutes Mittel in der Hand zu haben, dessen Entwicklung zu hemmen. Der Einheitsverband der Bergarbeiter, Bezirksleitung Waldenburg, berief für den Sonntag, den 10. April 1931, um 9 Uhr eine öffentliche Bergarbeiterversammlung ein. Sie wurde durch „Jhn“ verboten mit der „Begründung“, während der Sitzzeit dürfen öffentliche Versammlungen nicht abgehalten werden! Die für den 17. April einberufene öffentliche Bergarbeiterversammlung genehmigte er unter folgender Bedingung:

„Sie darf nicht politisch werden.“

„Ueber Thema darf nicht gesprochen werden!“ so sprach der Gendarm unter Bismarck. „Ueber Politik darf nicht gesprochen werden!“, so sagt der besser als der Gendarm bezahlte Untergeordnete des Polizeiministers Severing. Besteht ein Unterschied zwischen dem „berühmten“ genannten Thema“ und der obigen sozialdemokratischen Verfügung? Ja, es besteht ein Unterschied, und sogar ein ganz gewaltiger. Der Gendarm unter Bismarck war schon äußerlich als der Fetterschind der Geldsäcke erkennbar, niemanden hat sein Dienstleiter befremdet; er wurde dafür bezahlt. Der sozialdemokratische Amtsvorsteher aber will auch heute noch ein Vertreter von Arbeiterinteressen sein und kein Lakai des Geldsacks. Daß der Unterschied für den Bismarckschen Gendarm und gegen den Severingschen Amtsvorsteher spricht, ist nicht schwer zu erraten.

Zeigen wir auch den sozialdemokratischen Kumpels diesen Unterschied. Wir wissen, auch sie werden ihn verstehen. Und so können wir dem Herrn „Genossen“ Schmidt nur dankbar sein. So wie der Gendarm damals gegen seinen Willen zum Agitator für die Sache der Arbeiterklasse wurde, so müssen sich die Methoden eines Schmidt (und es gibt deren ja auch im Waldenburger Hungerland sehr viele) für uns auswirken. So wie einst ein Bismarck von der Bildfläche zahnstreichend abtreten mußte, so wie inzwischen schon Herr Zörgiebel in der Verlegung untergetaucht ist, so werden auch die Schmidt eines Tages verschwinden müssen, und zwar verschwinden müssen, weil sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr einreihen in die Front, die auch den Einheitsverband der Bergarbeiter umfaßt. Deshalb sagen wir:

Nur weiter so, Herr Schmidt, und der rote Einheitsverband wird nicht verfehlen, Ihnen zu gegebener Zeit für diese Agitation den wohlverdienten Dank abzustatten.

Wieder ein Todesopfer des Profits

Im Bahnschacht verunglückte der Bauer Hempel von Bier. Er war mit Nachreißarbeiten beschäftigt und wurde dabei von herabfallenden Bergstücken so schwer verletzt, daß er nur als Leiche geborgen werden konnte. Hempel war erst 34 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Liebau Rationalisierung bei den Holzschildern

Vorigen Freitag hatten die Holzschilder das „Vergnügen“, „höhen“ Befehle bei sich zu haben — eine Gesellschaft von 15 Personen, worunter sich Regierungsvertreter, Landtagsabgeordnete, Verbandsvorstände sowie der Oberförster Schwente, der Vorsitzende des Arbeitsamtes und der Wohlfahrtsdezernent befanden. Der Besuch erfolgte auf Veranlassung des Verbandes, um sich über die Lohnverhältnisse der Holzschilder zu erkundigen. Diese sind zum Teil so niedrig bemessen, daß sie als wirkliche Hungerlöhne bezeichnet werden können. Wenn aber

die Holzschilder damit gerechnet haben, dieser Besuch werde eine Veränderung in der Bezahlung für sie bringen, so wurden sie durch den Ausgang der Besprechung um diese Hoffnung gebracht. Es stellte sich nämlich heraus, daß von Seiten des Verbandes nur ein Täuschungsmanöver eingeleitet war, denn beim Eintreffen dieser Kommission begab sich der Gewerkschaftsrat Strecker mit dem Sozialassistenten Kirchner zunächst in den Wartesaal und von da aus erst in den Wald. Dort wurde nun eine Art „Prüfung“ der Arbeiter vorgenommen. Hier alte Berufsschilder und vier neue mußten eine Stunde schälen, und zwar nach der Uhr. Das erzielte Resultat wurde aber nach den Berufsschildern bemessen, so daß die Kommission zu der Feststellung gelangte, es könnte eine Lohnerhöhung nicht in Frage kommen.

Von den anwesenden Arbeitervertretern brachte es keiner fertig, den Herrschaften heizubringen, daß eine herartige „Prüfung“ nicht

Niederschlesien

Kommunal-Politik im Eiltempo!

Abbau der Sozialfürsorge — Aufbau der Polizei

Görlitz. Die am Freitag, dem 17. April, stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung stand unter dem Zeichen des „Tempo-Tempo“ und der Uninteressiertheit der Volksvertreter zu 97 Prozent. Es kam dies zum Ausdruck durch die privaten Unterhaltungen und die Begrüßungen untereinander während der Tagung selbst. Man kann fast zu der Annahme kommen, daß durch die Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der „Verordneten“, die geplant ist, ebenfalls die Arbeitslust prozentual herabgesetzt werden muß. Auf der Tagesordnung standen 12 Punkte, die im Eilzugstempo erledigt waren, dauerte die Sitzung doch nicht einmal eine ganze Stunde. Der fünfte Tagesordnungspunkt brachte eine Unterbrechung der Unterhaltungen für kurze Zeit. Er betraf die Bewilligung von 3500 Mark für die Beseitigung der Hochwasserschäden. In diesem Zusammenhang betonte unser Genosse Kleint, daß die Gebühren, die die Anwohner der Meißner zu zahlen haben, zu besteuern sind, da sie eine unerhörte und ungerechte Belastung darstellen. Von den Bewohnern der Meißner werden sie sogar als Strafe empfunden. Die Unterhaltung der Flußufer ist eine Angelegenheit der Kreisverwaltung und kann somit nicht nur der Stadt, die am Fluße wohnt, aufgebürdet werden. Trotz der Bezahlung dieser Flußanwohnergebühren müssen die Anwohner selbst die Schäden, die sie durch Hochwasser erleiden, zu 95 Prozent selbst tragen, und nur in den allerwenigsten Fällen erhalten sie Entschädigung, außer sie gehören der Klasse mit dem „arischen Blut“ in den Adern an. Den Ausführungen unseres Genossen mußten die übrigen zustimmen, da sie ein wunder Punkt der Meißneranwohner sind und sie sich ihre Gerechtigkeit nicht verschmerzen wollen. Unter Antrag 10 wurden Nachbewilligungen in Höhe von 15 176,43 Mark verlangt für nicht weniger als 23 Anlässe. Von dieser Summe sind fast 50 Prozent — 7100 Mark — für die Polizei vorgesehen, die von unserem Genossen Brenzel in einer Erklärung abgelehnt wurden. Die Ausgaben für die Polizei, die Knüttelgarde des Kavaliere, werden ständig erhöht, während auf der anderen Seite die sozialen Fürsorgeeinrichtungen ständig abgebaut werden. Gelder für Polizei — Gummitüppel und blaue Bohnen für die Hungernden!

Der Antrag 11 behandelte die Pflasterung der Landestronstraße, die als einzige in diesem Jahre vorgenommen werden soll. Trotzdem viele Straßen der Stadt in einem solchen Zustande sind, daß es geradezu lebensgefährlich ist, dieselben zu betreten. Unser Genosse Kleint forderte, daß alles versucht werden muß, um noch mehr Straßenspülungen durchzuführen zu können. Dazu sollen die Wohlstandsbewohner herangezogen werden, damit auch sie wieder in den Genuß der Gewerkschaftenunterstützung gelangen und somit die Stadtverwaltung wieder etwas entlastet würde, in erster Linie aber, um den Arbeitlosen wieder einmal etwas mehr Einkommen zu verschaffen, als dies durch die Wohlfahrt möglich ist. Die Pflasterung der Landestronstraße erfordert den Betrag von 135 000 Mark bis zur Dresdener Straße. Die weitere Pflasterung bis zur Bankener Straße erfordert nochmals den Betrag von 50 000 Mark. Die notwendigen Vorarbeiten für den zweiten Teil sollen beschleunigt werden, damit die ganze Landestronstraße bis zur Bankener Straße gepflastert werden kann.

In der nächsten, am 24. April stattfindenden Stadtverordnetenversammlung, soll die Einführung der Gemeindegetränksteuer ab 1. Mai

welter bedeutet, als eine Art überlappender Rationalisierung. Erstens ist es unzulässig, die Leistung der eingekübten Berufsschilder zur Grundlage zu machen, und zweitens versteht es sich von selbst, daß man eine Arbeitsleistung nicht schon nach einer Stunde bemessen kann. Da die in der ersten Stunde erzielte Leistung nicht den ganzen Tag anhalten kann, wenn die Arbeiter nicht dabei launig gehen sollen. Nach dieser „Prüfung“ begab sich diese sogenannte Kommission in das Lokal von Ullersdorf und hielt noch eine „Beratung“ ab, bei der aber ebenfalls nichts für die Holzschilder herauskam. Sie werden also weiter wie bisher für den Hungerlohn arbeiten müssen, wenn sie sich nicht entschließen, unter Führung der AGD, den Kampf dagegen aufzunehmen.

Nieder-Salzbrunn-Sandberg Volksbund für Mutterchutz
Sonnenabend, den 25. April, 20 Uhr, bei Blümel-Sandberg außerordentliche Mitgliederversammlung mit Vortrag. Wir bitten alle Mitglieder, zeitlos zu erscheinen.

Kreibitz Freie Turn- und Sportvereinigung
Sonnenabend, den 25. April, 20 Uhr im „Gasthof zum Kronprinz“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichte, Reichs-Arbeiterportrat usw. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Kein Trinkmann.

und die Erhöhung der Biersteuer, ebenfalls ab 1. Mai, beschließen werden. Wir werden diese Angelegenheiten noch besonders behandeln. Die zuerst beabsichtigte Schließung des Stadttheaters findet nicht statt — deshalb wird sich auch mit diesem Punkt die nächste Sitzung beschäftigen zwecks Genehmigung des Unterhaltungsplanes für das Theater.

Sagen

Die „herrliche“ kapitalistische „Ordnung“
Mit 87 Jahren ins Wasser
Eine 87 Jahre alte Frau Nowak im städtischen Hospital mußte sich schon längere Zeit mit Selbstmordplänen herum. Sie litt an Schwerkmut und hatte schon einmal den Versuch gemacht, sich die Fußadern zu durchschneiden. Nur der Aufmerksamkeit und dem guten Zureden der Hospitalverwalterin und den übrigen Anwesenden konnte ihr Plan bisher verhindert werden. Am 21. April gelang es der armen alten Frau trotzdem, unbemerkt das Hospital zu verlassen, und in den Vormittagsstunden des anderen Tages wurde sie aus dem Heber gezogen. Da die krankhaften Erscheinungen von allen Ärzten befähigt werden, wird die Verwaltung nicht ganz von Schuld freigesprochen sein. Nach Lage der Sache wäre es unbedingt erforderlich gewesen, die Wohnanlage zu heigern, um zu verhindern, daß das alte Mütterchen zum Selbstmord gezwungen wurde, um ihr trauriges Dasein zu beenden.

Neusalz
Gegen den Schandparagraf 218
Am Freitag, dem 24. April, 20 Uhr, findet im „Schützenhaus“ eine öffentliche Verammlung statt, die sich mit dem berühmtesten § 218 beschäftigen soll. Dr. Werner, vom sozialistischen Arztverband wird einen Vortrag über diesen Schandparagrafen halten. Alle Werktätigen müssen in Massen in dieser Verammlung erscheinen. Die Arztgesellschaft ist besonders eingeladen.

Nicht vergessen
zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Nur noch heute und morgen:
Der blaue Express
Wilder Erfolg — Beifallssturm — Potemkin auf Schienen
Auf der Bühne:
Drei Romays, Gefährliche Akrobatik
Jugend im Mai — Ein Film von der erwachenden und nicht verstandenen Jugend
Ferner: „Hinaus in die Ferne“ — Jupp lernt rudern
Einlaß um 4 Uhr und 1/8 Uhr, Beginn 5 und 8 Uhr
Erwerbslose nur 25 Pfennig, sonst 50 Pfennig

Achtung, Ortskomitees und AGD-Sunttrödnere!

Alle Post ist an die Adresse von Franz Gallina, Bezirkskomitee der AGD, Schlesien, Breslau, Breitestr. 6-7, zu richten.

Hoch das Sowjetbanner in der spanischen Revolution!

Der fühne Freiheitskampf der spanischen Volksmassen beflügelt den Kampfgeist der deutschen Arbeiterklasse

Begrüßungstelegramm des Zentralkomitees der KPD. an die Kommunistische Partei Spaniens

Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD. sandte das nachfolgende Telegramm an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens:

„Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt die deutsche Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei Deutschlands Ihren heroischen Kampf. Die spanische Revolution als die erste revolutionäre Erhebung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ist weit über die Grenzen Spaniens hinaus ein Signal für die arbeitenden Massen in allen Ländern. Die Erschütterung des kapitalistischen Systems, der eiserne Vormarsch der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt, der Vortrieb und Zerlegung des faschistischen Regimes, wachsender revolutionärer Aufschwung und Kampfeswille der Massen — das alles spiegelt sich in dem gegenwärtigen Freiheitskampf der Arbeiter und Werktätigen Spaniens wider.

Gewaltige Aufgaben von weltgeschichtlicher Tragweite stehen vor dem spanischen Proletariat und seiner einzigen Führerin, der Kommunistischen Partei. Der Sturz der Bourbonen-Monarchie hat den Schleier gerissen, der den wirklichen Inhalt des Klassenkampfes in Spanien mit der Parole „Republik oder Monarchie“ verdeckte, und der klaren Frontstellung Klasse gegen Klasse den Weg gebahnt. Gegen Euch, gegen die Kommunistische Partei, die allein das Sturmbanner der sozialistischen Revolution entfaltet und die Klasseninteressen des Proletariats und der Werktätigen vertritt, steht schon in den ersten Tagen der neugeborenen Republik der blutige Terror der republikanischen Bourgeoisie, der Industriellen Kaufleute und ihres Anhangs von Professoren und Rechtsanwälten, sowie der Sozialdemokratie ein.

Wie in Deutschland im Jahre 1918 die Sozialdemokratie auf den Sturmfronten der revolutionären Massenbewegung unter heuchlerischen Parolen sich auf die Ministerstühle zu schwingen und im Dienste des Kapitalismus den revolutionären Freiheitskampf des deutschen Proletariats mit

blutiger Gewalt und skrupellosem Volksbetrug zurückzuschlagen vermochte, — genau so versucht jetzt in eurem Lande die Sozialdemokratie den Vormarsch der proletarischen Revolution, den Sieg des Sozialismus über das bankrotte kapitalistische System zu vereiteln.

Das deutsche Proletariat hat seit dem 9. November 1918 12 1/2 Jahre lang die Folgen des konterrevolutionären Verrats der Sozialdemokratie an den Interessen des Klassenkampfes tragen müssen. Millionen und aber Millionen der deutschen Arbeiterklasse haben in diesen Jahren aus eigener Erfahrung die Rolle der Sozialdemokratie als die eines Sturmblocks der kapitalistischen Diktatur durchschaut und ihre Konsequenz daraus gezogen: Sie sammelten sich in den Reihen der KPD., in der großen proletarischen Einheitsfront des revolutionären Klassenkampfes. In 12 1/2 Jahren hat sich das deutsche Proletariat seine Waffe, die revolutionäre Avantgarde, die Kommunistische Partei Deutschlands geschnitten.

Vor Euch, vor den Kommunisten Spaniens, steht die Aufgabe, die Massen des Proletariats in der Armee der

proletarischen Revolution zu vereinen, die Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse für die Sache der Revolution und des Sozialismus zu gewinnen und, nach der Zerlegung der Monarchie, der Verjagung der Königsfamilie, den Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der Sowjetmacht bis zum siegreichen Ende voranzutreiben.

Die revolutionäre Aufstandsbewegung der Arbeiter von Barcelona, Sevilla, Valencia, Bilbao und anderen spanischen Industriestädten gegen die sich konstituierende Macht der Bourgeoisie und Sozialdemokratie, die die Revolution abwürgen und in Blut erstickten wollen, sind geschichtliche Beweise für den kühnen Kampfgeist, den flammenden revolutionären Eifer und den eisernen Siegeswillen des spanischen Proletariats.

Rührt die Trommel der proletarischen Revolution! Erhebt das Banner des Kampfes für die Sowjetmacht! Mobilisiert die breitesten Massen für den geschlossenen revolutionären Klassenkampf, für Streiks, Demonstrationen, Kämpfe aller Art, bis zum siegreichen Aufstand!

Es lebe die spanische Arbeiterklasse!

Es lebe die Kommunistische Partei Spaniens!

Es lebe die spanische Revolution!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale

Arbeiterdemonstrationen in Warschau

Wachsende Aktivität des polnischen Proletariats

Warschau, 21. April. Am 17. April fanden in den Arbeiterbezirken Warschaws große Arbeiterdemonstrationen statt, in denen der kommunistische Sejmabgeordnete Genosse Szymanski sprach. Die Polizei zerstreute die Demonstranten. Sie sammelten sich jedoch wieder und drangen ins Stadtinnere vor. Hier fanden wiederum scharfe Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei statt.

Anlässlich des Herannahens des 1. Mai wächst die Aktivität des polnischen Proletariats merklich. Die Ursache dieses Aufschwunges ist die unaufhaltbare Verschärfung der Wirtschaftskrise und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die unaufhörlichen Massenentlassungen und die Forderung der Unternehmer auf weiteren Lohnabbau rufen in der Arbeiterschaft die größte Empörung hervor und festigen ihren Kampfwillen. In der Metallindustrie wenden sich die Arbeiter entschieden gegen den Lohnabbau. In einigen Betrieben der Metallindustrie sind bereits Streiks ausgebrochen.

Kriegsregierung in Rumänien

Der Schwarze-Hundert-Mann Jorga an der Spitze des neuen Kabinetts

Durch die Bildung der Regierung Jorga tritt die Errichtung einer offenen faschistischen Militärdiktatur in Rumänien unmittelbar auf die Tagesordnung. Jorga, der Führer der alt-rumänischen Nationalpartei, der Organisator der Programmschritte, der sich auf gewisse Schichten der bürgerlichen Intelligenz stützt, war von Anbeginn der Krise gegen eine Regierung der „heiligen Union“ unter Teilnahme aller Parteien eingetreten. Er verlangte eine offene Diktaturregierung, unabhängig von allen Parteien, und bot dafür sogar die Auflösung seiner eigenen Partei an.

In den Bedingungen, die Professor Jorga stellte, scheiterte schließlich die Mission Titulescus. Selbst von ganz offizieller Seite wird nun die Regierung Jorgas als eine „persönliche

Regierung des Königs“ bezeichnet. König Carol hat also dem ersten Staatsstreich, der ihn ins Land zurückführte, den zweiten folgen lassen. Es steht fest, daß das Parlament ohne Neuwahlen aufgelöst werden wird.

Außenpolitisch bringt die Regierung Jorga die höchste Gefahr eines militärischen Ueberfalls auf die Sowjetunion.

Aufstand in Paraguay

Washington, 22. April. Die Regierung von Paraguay gibt bekannt, daß die Aufständischen die in der Nähe der argentinischen Grenze gelegene Stadt Alberdi besetzt haben. Einzelheiten liegen noch nicht vor, da die telephonischen und telegraphischen Verbindungen abgebrochen sind. Die Regierung werde energische Maßnahmen ergreifen, um die Revolte zu unterdrücken.

Schwere Kämpfe in Honduras

New York, 21. April. Ueber die Lage in Honduras bringen nur sehr spärlich Nachrichten durch. Nach den letzten Meldungen soll es in den Städten El Progreso, La Ceiba und Tela zu blutigen Kämpfen gekommen sein. Die Aufständischen marschieren gegen San Pedro Sula, die Hauptstadt des Provinz Cortes, vor.

Alfons als Generaldirektor

Angebot eines internationalen Konzerns

London, 20. April. (Eig. Meldung.) Einem Konzern zufolge sei dem König Alfons von einem internationalen Konzern, der wichtige Unternehmungen in England, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Ungarn, den Vereinigten Staaten, Argentinien, Spanien und Portugal kontrolliert und ein Kapital von 25 Millionen Pfund Sterling besitzt, der Posten des Vorkonzerns mit einem Gehalt von 30 000 Pfund Sterling jährlich angeboten worden.

Wirtschaftsboykott der Sowjetunion

Die „Sowjetija“ schreiben zum Echo der deutsch-österreichischen Jollition:

„Als Briand mit seinem paneuropäischen Projekt hervortrat, verfolgte er in erster Linie das Ziel, einen Antisowjet-Block zu schaffen und spekulierte darauf, daß die Agrarstaaten daran interessiert sein würden, besonders Vorräte für die Einfuhr ihrer Waren in die Industriestaaten Europas zu erhalten. Jetzt nimmt Deutschland dank dem Abschluß des deutsch-österreichischen Zollpakts und im Zusammenhang mit dem Ablauf der deutsch-rumänischen Verhandlungen die französische Initiative auf und wird sogar zum Initiator des europäischen Zollpakts in Briands Europa-Komitee.“

Das alles ist höchst beachtenswert. Die Festlegung eines besonderen Vorzugsregimes für den Handel zwischen den einzelnen europäischen Ländern würde bedeuten, daß der Sowjetexport im Vergleich zu den bevorrechteten Staaten in eine nachteiligere Lage versetzt werden soll. Wir haben es also mit Maßnahmen zu tun, die in der Form, in welcher sie gegenwärtig vorgeplant werden, den Weg zu einem wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion freimachen.“

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright: Walter Schulz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 29. Fortsetzung

Frau Grobkopf hatte einen Mann, der ihrer würdig war, ein Gewohnheitsverbrecher. Der Mann hatte in jedem Quartal seine Straffache, mal war es ein Fetzen, mal ein Prügeln, zuletzt wurde er sogar in ein Meiseidverfahren verwickelt. Er wurde ab und zu auch bestraft, brumpte dann seine Zeit ab und wurde danach freudig begrüßt von den Seinen in den Schöß der Familie wieder aufgenommen.

Diese Ebenbilder hatten sage und Schreibe neun Kinder erzeugt. Alle Kinder wiesen die hervorsteckendsten Eigenschaften der Eltern in höchster Potenz auf: frech, faul, ungewissenhaft und strotzumm. Dabei entbehrten sie gar nicht einmal einer gewissen Schläue, wie sie auch der Vater stellenweise beweisen konnte. Das machte sie aber nur noch unsympathischer und gefährlicher.

Grobkopfs hatten sich in einer Stiebelung ein Häuschen gebaut, das man ihnen später dann nicht wegnehmen konnte, es gab da irgendwelche Schutzbestimmungen. Das Haus war natürlich völlig verwaist, und die Familie Grobkopf war der Schrecken der ganzen Umgebung. Während sonst sehr ordentliche Arbeiterfamilien da wohnten, die sich in rührendem Fleiß wahrhafte kleine Paradiese geschaffen hatten, mit gepflegten Gärten, in denen artige Kinder spielten, bildete das Stammesloß der Grobkopfs, besetzt mit neun ungezogenen Rangen, geradezu eine Karibritterburg in dieser Umgebung.

Sie demolierten alles, was sie erreichen konnten, verprügelten die artigen Nachbarkinder, beschmutzten die Straße ungläublich und machten sie dadurch für Automobile unpassierbar, daß sie vermittelst Glascherben, Draht und Flaschenböden förmliche Autofallen konstruierten. Eine günstige Vorstufe für spätere große Eisenbahnabotagen! Sie stahlen und raubten aus Gärten und Feldern, was sie irgend eraffen konnten.

Zudem boten die Kinder einen unersäulichen Anblick. Ungewöhnlich mit rauhhaarigen Beinen, förmlichen Affengesichtern, stereotypen Kognasen, stets an etwas Undefinierbarem lauernd, umlagerten sie ihre Körverböhlen, um Passanten zu ärgern, noch Bögen und Lieren mit Steinen zu werfen oder sich auch

untereinander zu laßbalgen. Sie besuchten ausnahmslos die Hülfschule und kamen später, eins nach dem anderen, in die Hülfsorgeerziehung.

Die Eltern hatten, befähigt durch die schon vorher beschriebene Schläue, allerhand Methoden, um mühelos Geld zu verdienen. Als vollwertige Mitbürger hatten sie ja bei jeder Wahl zwei Stimmen zu vergeben, und sie verkauften nun diese bei jeder Wahl erneut an die Parteien. Dabei waren sie so raffiniert, daß manchmal mehrere Parteien während der Wahlkampagne sich etwas darauf einbildeten, Grobkopfs in ihren Listen führen zu dürfen.

Das brachte Vorteile mancherlei Art: Kartoffeln, Feuerung, abgelegte Kleidungsstücke, ja sogar Geld. Gerieten sie durch Zufall einmal in den Verdacht, auf zwei Schultern zu tragen, so pflegte Vater Grobkopf pfiffig lächelnd auszuführen: „Ja, zu die roten fin mir ja nur hinweggegangen, um zu spielem“ (wenn beispielsweise ein Volksparteiler ihnen den Besuch einer sozialistischen Versammlung vorkipelt). So logen sie sich durch.

Später, als diese Einnahmequelle verfeigte, machten sie in Frömmigkeit. Ein hoher Beamter der Stadt nahm sich ihrer als Vorhänger einer pietistischen Sekte in geradezu rührender Weise an. Er hoffte, die Seelen dieser Familie zu retten, und betreute jeden einzelnen der Familie, er übernahm alle Rückfälle des Vater Grobkopf mit christlicher Nächstenliebe und hatte natürlich keine Ahnung davon, daß das Ehepaar Grobkopf sich unter vier Augen tollkühn wollte darüber. Eine Schwester erschien in seinem Auftrage allwöchentlich und wollte Frau Grobkopf zur Sauberkeit erziehen. Dies gelang ihr aber nicht. So wenig, wie Schweine in einem Salon sich wohlfühlen würden, konnte Frau Grobkopf Sauberkeit in ihrem Haus ertragen. Sie gab sich förmlich Mühe, sobald die Schwester dem Dunstkreis dieser Atmosphäre entwichen war, alles wieder in jenen Zustand unbeschreiblichen Dredes zu versetzen, in dem sie sich allein wohlfühlen konnte. Es waren eben Naturmenschen, diese Grobkopfs.

In einem Punkt war allerdings Frau Grobkopf, vom Standpunkt des Staates aus gesehen, ungemein wertvoll, geradezu unbeschätzbar, sie war nämlich eine förmliche Gebärmachin. Wie ich schon erwähnte, hatte sie neun lebende Kinder geboren: Soldaten, Kanonenfutter, Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.

Während man sich mit allen sonstigen Gefegeskonflikten milde abwand, erfolgte eine heftige Karambolage mit der Justiz, als Frau Grobkopf höchst willkürlich ihre Gebärtätigkeit einstellte. Die Wohnung wurde ihr nämlich zu klein, und als sie zum zehnten Male schwanger war, trieb sie — selbstverständlich in der allerersten

schmutzigen Quiltschicht benutzt haben, und trotzdem ging alles tadellos. Die Spuren wurden dadurch beseitigt, daß die Frucht und Nachgeburt von den Schweinen aufgefressen wurde, die blutige Wäsche belam die Schwester zu waschen, und einige Stunden nach der Erledigung der Angelegenheit stand Frau Grobkopf schon wieder munter vor der Haustür und klackte. Sie hatte eine Bombennatur, diese Frau!

Drei- bis viermal ging das gut. Beim fünften Male erfolgte eine Anzeige. Eine schwere Fehde mit dem Nachbarhaus veranlaßte die Denunziation. Frau Grobkopf machte kräftigen Protest gegenüber gar kein Gehl aus ihrer Handlungsweise. Sie behauptete, sie hätte an ihren neun Kindern genug. Dann benahm sie sich so humoristisch vor Gericht in ihrer Unwidrigkeit, daß ein milder Richter sie mit drei Monaten und Bewährungsfrist entließ. Das sechsmal ging wieder gut, allerdings hatte irgendein Kassenarzt ein halbes Jahr zu tun, um Frau Grobkopf wieder auf die Beine zu bringen. Eine kleine Infektion!

Beim nächsten Male kam sie wieder vor den Richter, und nun kam sie einmal an einen scharfen Staatsanwalt, und wir kommen zum Anfang dieses Berichtes zurück. Der wies sie eindringlich auf ihre Pflicht hin, „an dem Wiedererstarben des Vaterlandes dadurch mitzuwirken“, daß sie dem Staat Söhne und Töchter schenke. „Wie sollte denn Deutschland wieder hochkommen, wenn die Frauen des Volkes ihre Pflicht nicht mehr erfüllen wollten? Ob sie denn ihr Vaterland nicht liebe? Sie gehe doch in die Kirche, und das einzig Gute an ihr sei doch ihre Frömmigkeit. Ob sie sich denn nicht klar darüber sei, daß sie sich durch so eine Wirtreibung direkt am Staatseigentum vergreife?“ Und so prasselte es dann noch eine Weile wie ein Gewitterregen in diesem Stil weiter auf Frau Grobkopfs Haupt, was so die Pflanze eines jungen, förmlichen Staatsanwalts produzieren kann. Frau Grobkopf führte ein förmliches Theater auf. Manchmal heulte sie zum Herzerbrechen, dann wieder warf sie ihrem Ehemann, der auf der Zeugenbank saß, hinter dem Taschentuche einen ganz alligen Blick zu, aus dem man deutlich ersehen konnte, wie hoch sie über der Situation stand. Diese Hilde sollten ihr zum Verhängnis werden. — Der Richter fing ein solches Mengela auf, und als sie dann noch lächelnd bemerkte: „Ich wech gar nich, warum sich das hohe Gericht wehen meine Kinder so aufrecht, sie tangen doch also nich“, da wurde sie zum Erstaunen aller tatsächlich zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Sie hatte wohl mit ihrer frechen Bemerkung den Nagel zu sehr auf den Kopf getroffen, so etwas läßt sich beim Gericht gefallen.

(Fortsetzung folgt)

Die RGO. ergreift die Initiative:

Massenkampf gegen Sozialreaktion

Gegen Lohnabbau, Unterstützungs- und Rentenfürzung — Für Gesundheit und Leben der Arbeiterklasse

Auf Initiative des Reichskomitees der RGO. fand eine Sitzung mit unterzeichneten Massenorganisationen statt, in der ausführlich zu dem sozialreaktionären Angriff der Brüning-Regierung Stellung genommen wurde.

Gemeinsam mit den unterzeichneten Organisationen wurden die Maßnahmen für einen umfassenden Abwehrkampf aller Werktätigen Deutschlands eingehend behandelt und nachstehende Deklaration beschlossen.

Deklaration

An alle Arbeitenden, Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegsveteranen in Stadt und Land!

Nachdem die Brüningregierung mit Hilfe der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien bei tatkräftiger Unterstützung durch christliche und reformistische Gewerkschaftsführer durch Lohnraub, Kurzarbeit und Arbeitslosmachung dem werktätigen Volk 8000 Millionen an Lohn und Gehalt geraubt hat, wird ein neuer ungeheurer Angriff auf die Löhne und Gehälter, auf die fiktiven Bezüge der Erwerbslosen und Sozialunterstützungsbezieher eingeleitet.

In entscheidenden Industriezweigen, wie Bergbau, Metall Nordwest, sind die Löhne mit dem Ziele eines weiteren radikalen Abbaus der Löhne um 30 bis 40 Prozent gekündigt. Der Vorstoß der Schwerindustrie Rheinland-Westfalens soll das Signal zur zweiten Lohnabbauwelle im ganzen Reich und in allen Industriezweigen geben.

Mit einer neuen Notverordnung soll die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich in bestimmten Industrien eingeführt werden. Eine solche Verkürzung der Arbeitszeit wird einen weiteren direkten Lohnraub von 15 bis 20 Prozent für Arbeiter und Angestellte bedeuten. Bei diesem Schandplan finden die Trustkapitalisten die tatkräftige Unterstützung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer.

Sie preisen diese Hungermaßnahmen als eine „Wohltat“ den Arbeitern an, während es sich in Wirklichkeit um ein infames Manöver zur Maskierung des Angriffs auf das gesamte Lohnniveau der Arbeiter und zur Verwirrung der Arbeitslosen handelt. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist ein ebenso großer Schwindel wie der fälschliche „Preisabbau“, mit dem die erste Lohnabbauwelle den Arbeitern schmachtend gemacht werden sollte. Die Trustkapitalisten fordern ganz offen, daß der „Lebenshaltungsfaktor“ der Industriearbeiter auf den der Landarbeiter in den Agrarländern (Kolonien und Halbkolonien) herabgedrückt wird.

Die Arbeiter- und Angestelltenchaft muß sich gegen einen solchen Schandplan entschieden zur Wehr setzen.

Verhindern durch entschiedene Gegenwehr die Senkung eures Reallohnes, nur so sichert ihr eure Existenz und neue Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen.

Um den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft aufzuhalten, werden nicht nur die Löhne und Gehälter aufs brutaleste gesenkt, sondern auch die Unterstützungen der Erwerbslosen und die sozialen Einrichtungen, die Versorgung der Invaliden und Kriegsveteranen, der Witwen und Waisen rücksichtslos abgebaut.

Die Politik der deutschen Bourgeoisie stellt den verzweifeltsten Versuch dar, durch völlige Zerschlagung der Sozialversicherung auf Kosten der Massen noch einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Sozialdemokratie hat dem Trustkapital eine schrankenlose Ermächtigung zur Durchführung dieser Hungerpolitik erteilt. Die Gewerkschaftsbürokraten werden, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft die Organisatoren des Streikbruchs sein und die Arbeiterklasse zu spalten versuchen.

Den Nazis geht diese grenzenlose Massenausplünderungspolitik noch nicht weit genug.

Von allen politischen Parteien hat nur die Kommunistische Partei den energischsten Widerstand geleistet. Sie ruft heute erneut das gesamte werktätige Volk in Stadt und Land zur entschlossenen außerparlamentarischen Gegenwehr auf.

Die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, zur Invalidenversicherung, zur Kriegsopferversicherung, zur Kriegsopferfürsorge wurden um Hunderte von Millionen Mark bereits gesenkt. Jetzt holt die Brüning-Regierung zu einem neuen Schlag gegen alle Sozialversicherungsbezugsnehmer aus.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Sozialrentner und Kriegsveteranen werden durch diesen Plan mit der völligen Vernichtung ihrer Existenz bedroht.

Aber nicht nur diesen Schichten, sondern sogar den Taubstummen, Blinden und Krüppeln sollen die letzten Hungerpennie entzogen werden und das ungeborene Kind im Mutterleib wird durch die Streichung der Wochenbeihilfe schon vor der Geburt dem Hungertode ausgeliefert.

Das ganze Raubprogramm, die Vernichtung der Kaufkraft des werktätigen Volkes reißt den städtischen Mittelstand, den kleinen Bauer noch tiefer in den Strudel des Zusammenbruchs hinein.

Mit Hilfe neuer Notverordnungen soll die Erwerbslosenversicherung wiederum „reformiert“, d. h. erneut radikal verschlechtert werden.

Die Kürzung der Unterstützungssätze in den Lohnklassen VII bis XI um 10 bis 15 Prozent, die Verlängerung der Wartezeit auf 4 Wochen, die Verkürzung der Unterstützungsdauer, die Einführung von Gehaltsklassen, eine Verschärfung der Pflichtenarbeit soll jetzt durch Notverordnung der Brüning-Regierung diktatorisch durchgeführt werden.

500 Millionen Mark sollen erneut mit Hilfe dieser Maßnahmen den Erwerbslosen geraubt werden.

Das riesengroße Heer der Wohlfahrts-erwerbslosen hungert und darbt. Trotzdem gehen jetzt die Kommunen, wie Leipzig, Essen, Berlin beweist, zum Abbau der Richtigke um 10 und mehr Prozent über.

30prozentiger Abbau der Renten in der Invalidenversicherung bedrohen Arbeitsopfer, Hinterbliebene und Waisen. Der durchschnittliche monatliche Unterstützungssatz beträgt

jetzt 36,40 Mark. Eine Kürzung um 30 Prozent bedeutet in Zukunft eine Durchschnittsrente von 25 Mark pro Monat.

Die Knappschaftsversicherung ist bereits bankrott. Die Reichszuschüsse sind fast restlos beseitigt. Die Reichsknappschaft soll liquidiert, die Rente von jetzt durchschnittlich 83 Mark pro Monat, der Invalidenrente angeglichen, also auf 25 Mark gesenkt werden.

Auch die Unfallversicherung wird abgebaut. Die Unternehmer verlangen Streichung der Renten bei 25prozentiger Erwerbsbeschränkung, Senkung der Hinterbliebenenrenten um 20 Prozent und völlige Beseitigung der einmaligen Witwenbeihilfen.

Während die alten kaiserlichen Generale und Offiziere Riesenpensionen beziehen, bereitet die Brüningregierung auch den radikalen Abbau der Bundesbezüge in der Kriegsveteranenversorgung vor.

Auch hier sollen die Renten der 30—40% erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten vollständig beseitigt werden. Die 50—60%igen Erwerbsunfähigen sollen einen Teil ihrer Rente nur dann erhalten, wenn ihr monatliches Einkommen aus Arbeit 115 M. nicht übersteigt. Die Renten der Kriegervitwen und -waisen sollen erheblich herabgesetzt werden.

15 bis 20 Millionen Werktätiger werden von diesem sozialreaktionären Angriff bedroht. Keinen Werktätigen gibt es also, der von dem Raubzug Brünings verschont bleibt.

Zur Durchführung dieser Schandpläne des Trustkapitals wurde die letzte „Notverordnung“ erlassen, die dem werktätigen Volk das Recht des freien Wortes, die Freiheit der Presse, der Straße, das Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht rauben soll.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die unterzeichneten proletarischen Organisationen wissen sich eins mit den Millionenmassen des werktätigen Volkes, gegen das sich die neuen Hungeranklagen richten. Sie rufen deshalb alle Werktätigen zum entschiedenen Widerstand auf.

Die RGO, gemeinsam mit den Unterzeichneten, fordert alle von Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub Betroffenen zum einheitlichen Kampf auf.

Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)

und die ihm angeschlossenen Einheitsverbände der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter, Landarbeiter und Hafenarbeiter

Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit
Internationale Arbeiterhilfe Deutschlands Rote Hilfe Deutschlands

Ein Erfolg des Weltkommunismus

Maxim Gorki tritt in die KP. ein — Am 1. Mai kehrt er in die Sowjetunion zurück

Maxim Gorki, der große Dichter des russischen Proletariats, der in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution dem Bolschewismus noch ablehnend gegenüberstand, hat an den Genossen Stalin den Antrag gestellt, in die Kommunistische Partei der Sowjetunion aufgenommen zu werden.

Die Moskauer Arbeiter bereiten sich auf den Empfang Gorkis vor, der am 1. Mai nach der Sowjetunion zurückkehrt. Ein öffentliches Komitee ist gebildet worden, in dem die Arbeiter der größten Moskauer Betriebe vertreten sind. In vielen Fabriken sind neue Stößrigaden, die den Namen Gorki tragen, entstanden. Der Staatsverlag gibt eine 26bändige Sammlung seiner Werke heraus, deren populärste außerdem in ungeheuren Massenaufgaben zum 1. Mai herausgegeben werden.

In einem Augenblick, da die Welt voll ist von Bannflüchen gegen den „Kulturboßchewismus“, von dem Geschrei über die volksverderbliche, zerlegende und entfittlichende Wirkung des Bolschewismus, fordert der größte aller lebenden

sozialen Schriftsteller, in die Reihen der kommunistischen Kampfgemeinschaft aufgenommen zu werden. An dieser einzigen Tatsache schon, an dem offenen Uebertritt des von allen gebildeten Schichten, selbst des Bürgertums hochgeachteten und anerkannten Dichters zerfällt die von Kirche, Sozialdemokratie und Faschismus betriebene Lügenhege.

Maxim Gorki tritt in die Kommunistische Partei ein, weil die Bolschewiki die Sache der Kultur zur Sache des ganzen Volkes gemacht haben, weil sie in breiten, geschlossenen Reihen gegen die dumpfe Unwissenheit zu Felde ziehen, den Analphabetismus ausrotten und das Proletariat in den heldenhaften Schöpfer eines neuen, ausbeutungsfreien, lichtvollen Lebens verwandeln.

Selbst aus den untersten Schichten des Proletariats stammend, hat Maxim Gorki sein Leben und sein Schaffen mit der Arbeiterklasse verbunden. Du, Arbeitermädels, du, Proletarierjunge, du, dessen Leben gezeichnet ist von der Sorge um das tägliche Brot, ihr alle, die ihr in Gorkis Büchern euer eigenes Schicksal erlebt, hört es: Maxim Gorki wird Mitglied der Kommunistischen Partei!

Severing kündigt weitere „unpopuläre“ Maßnahmen an

Auf einer SPD-Kundgebung in Dresden hielt der preußische Innenminister Severing eine Rede, in der er ähnlich wie in Koblenz die Vaterlandsliebe und den Patriotismus der Sozialdemokratie, die sich in dieser Frage von niemandem übertreffen lasse, unterstrich und folgenden höchst bedeutsamen Satz prägte:

„Wir stehen in den nächsten Monaten vor schweren Aufgaben und es kann sein, daß wir auch zu unpopulären Maßnahmen gezwungen sind.“

Ein ähnliches Eingeständnis, daß nach der Panzerkreuzerbewilligung und Diktaturverordnung, nach dem Abbau der Sozialausgaben und dem Lohnraub neue unerhörte Anschläge auf die Rechte und Interessen der werktätigen Volksmassen folgen sollen.

Jede kampflose Hinnahme der neuen Pläne des deutschen Finanzkapitals vernichtet die Existenz von Millionen deutscher Werktätiger.

Die Millionen Werktätigen in Stadt und Land spüren am eigenen Leibe wie nie zuvor den Bankrott des kapitalistischen Systems und sehen, wie in der Sowjetunion der Aufbau des Sozialismus riesenhafte Fortschritte macht.

Dieser Aufbau brachte Erhöhung der Löhne bei Einführung der Fünftagewoche und des Siebenkundertages, völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ausbau der sozialen Fürsorge, weitestgehenden Schutz für Gesundheit und Leben aller Werktätigen.

Arbeiter, Arbeiterfrauen, nehmt sofort in Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen, in Rentnerversammlungen und öffentlichen Kundgebungen gegen die Raubpläne der Brüning-Regierung Stellung.

Schafft euch eine einheitliche Führung. Bildet aus Vertretern der Betriebe und Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern, Kriegsveteranen und Hinterbliebenen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, in allen Orten „Kampfausschüsse gegen Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub“. Veranstaltet breite Massenkonferenzen gegen Hunger und Elend, wählt Delegierte!

Die RGO und die übrigen proletarisch-revolutionären Organisationen werden alle Kräfte einsehen, um eine eiserne Widerstandsfrent gegen die Sozialreaktion zu schaffen. Stärkt ihre Reihen, rüttelt den letzten Säumligen auf, schafft eine mächtige Einheitsfront gegen Lohnraub und Sozialreaktion, kämpft in einer Millionenfront.

**Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!
Für die Wiederherstellung des alten Lohnes!
Für den Siebenkundertag und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
Gegen Rentenraub in Invaliden-, Knappschafts- und Unfallversicherung und Kriegsveteranenversorgung!
Gegen die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze!**

**Gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung!
Für Arbeit und Brot für die Erwerbslosen!
Für die Erhöhung der Renten und Fürsorgeunterstützungen!
Gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung!
Für die Schaffung einer allgemeinen sozialen Fürsorge!**

**Gegen das bankrotte kapitalistische System!
Für ein freies sozialistisches Deutschland!**

Wenn du, Arbeiterfrau, in der „Mutter“ dich selbst wiederfindest, wenn du, stumm vor Schmerz und Erschütterung, den Film gesehen hast, der nach Gorkis Buch geschaffen wurde, dann wisse: der dies Heldenlied der proletarischen Mutter schrieb, steht sich in die Reihen Lenins und Stalins! Wollt ihr da abseits stehen? Wir grüßen den glühenden Streiter für den Sozialismus, den unbestechlichen, von allen Proletariern geliebten Schriftsteller, wir grüßen den Kommunisten Maxim Gorki!

Terror gegen den 1. Mai

Aus Sofia wird gemeldet: Die Regierung hat alle öffentlichen sowie geschlossenen Versammlungen zum 1. Mai sowie jede mündliche und schriftliche Agitation zu den Maifesten verboten. Uebertretungen dieser Verordnungen werden nach dem Staatssanktionsgesetz bestraft.

Wie ein Kapitalist deutsche Belange wahrnimmt

Deutsche Firma verkauft Fabrik an Tschechen
Hohenelbe (Mäh.), 21. April. Die bekannte alte deutsche Firma Welter hat ihre Hochspinnerei in Ober-Hohenelbe an die tschechische Firma Dörbales in Prag verkauft, die in den Fabrikgebäuden eine Papier- und Kartonagenfabrik einrichten will. Dieser Übergang einer alten deutschen Firma an ein tschechisches Haus hat in sudetendeutschen Kreisen lebhaften Widerstand hervorgerufen. Der Verkauf ist eine Folge des völligen Daniederliegens der deutschen Industrie in Nordböhmen.

Wo die Dunkelmänner herrschen

Blühen Sittlichkeitsverbrechen und Meinelb
Glas, 21. April. In nichtöffentlicher Verhandlung verurteilte das erweiterte Schöffengericht den 57jährigen Rentempfänger (Kand.) Hannig aus Frankenstein wegen Blutschande an seinen Töchtern im Alter von 15 und 17 Jahren zu zwei Jahren Zuchthaus. Gleichzeitig erkannte das Gericht auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Die Untersuchungshaft von vier Monaten kommt auf die erkannte Strafe zur Anrechnung.

Das Schwurgericht Glas verurteilte den 20jährigen Maurer-erellen Moiß Krautwald aus Herzdorf, Kreis Mänterberg, wegen Meineides zu 1 Jahre 2 Monaten Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. Der Angeklagte war in vollem Umlange geständig, im Dezember v. J. in einem Strafverfahren vor der Strafkammer in Glas willkürlich ein falsches Zeugnis durch einen Eid bekräftigt zu haben.

Jugend und Wirtschaftslämpfe

Der bisherige Verlauf der Wirtschaftskrise wirkt sich besonders in Schwellen scharf auf die großen Kreise der Jungarbeiterschaft aus. Die Lohnabbauoffensive der tschechischen Industriellen gegen die Jungarbeiter macht sich in den verschiedenen Industriezweigen, im Bergbau und in der Textilbranche bemerkbar. Unter der Führung der Partei und der RGO. zeigt sich bereits ein scharfer Widerstand gegen die 6prozentige Lohnkürzung der Bergarbeiter, ohne daß es jedoch zur Streikauslösung gekommen ist. Der kommunistische Jugendverband verhandelt es nicht, in diesem Kampf die jungen Bergarbeiter zu mobilisieren und eine Abwehr der 6prozentigen Lohnkürzung zu organisieren und den nach verhältnismäßig großen Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf die jungen Bergarbeiter zu brechen. Andererseits machte sich das Fehlen der gut organisierten RGO.-Jugendgruppen bemerkbar, denen von vornherein die Aufgabe zukam, die Bergarbeiterjugend für den Streik gegen den Lohnabbau in Verbindung mit den politischen Tagesfragen zu mobilisieren. Fast genau so verhielt es sich mit der Organisierung der Streiks der jungen Tagelöhner in Langenbielau. Auch hier neigten viele Arbeiter auf Grund der reformistischen Agitation der Auffassung zu, die 6prozentige Lohnkürzung gegenüber der 22prozentigen als das kleine Übel zu betrachten. Diese Auffassung wurde zweifellos bekräftigt durch die opportunistische Einstellung einer Anzahl Langenbielauer Parteigenossen, die sich auf die dortige Jugendorganisation übertrug. Trotz dem hier sofort die Jugend-RGO. die Initiative ergriff und eine Sturm-herge aus Preßauer Jungarbeiter nach Langenbielau zwecks Unterstützung des Streiks und Unterstützung der Partei- und Jugendorganisation entsandte, gelang es trotz allem nicht, denselben auszulösen. Nach machte sich hier wieder das Fehlen einer gut organisierten Jugend der RGO. bemerkbar, deren Aufgabe darin bestehen mußte, nachdem vorher den Lohnkampf vorzubereiten und die Voraussetzungen zu schaffen, um die Einbeziehung der breitesten Schichten der jungen Arbeiter zu bewirken.

Die Schlußfolgerungen aus diesen Kämpfen lehren uns, daß der Jugendverband in verstärkterem Maße als bisher den Kurs auf die Parteiliche zu nehmen hat. Wir müssen uns daher zur Hauptaufgabe machen, Vermittlung der RGO.-Jugendgruppen als Massenorganisation, leitende Schaltung von Betriebsgruppen des RGO. in den Betrieben. Alle diese Aufgaben sind wichtig und müssen unbedingt als Vorbereitung auf die Parteiliche durchgeführt werden. Mit aller Macht muß die RGO. die Parteiliche der gesamten Organisation Schließens antreiben und so die zweite Lohnkürzung nicht nur abwenden, sondern die Grundlage zu schaffen für den politischen Kampfeinstieg.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Breslau

Unsere Hauptversammlung findet bestimmt am 26. April statt. Der Start erfolgt Punkt 8 Uhr in Dörflein (Drausgang). Treffpunkt der Kraftfahrer 8.15 Uhr im Rind. Vorplatz. Die Kontrollen- und Streckenbelegung erscheint um 8.30 Uhr am Drausgang in Dörflein.

91 Aufnahmen für die RGO in 3 Tagen!

Danon hat das Ortskomitee Waldenburg allein 26 Aufnahmen gemacht, Schmiedeberg 17, Rauban 14 und Strehlen 13.

Wo bleiben die anderen Ortskomitees mit der Erfüllung ihres Statutplans, wo bleiben besonders mit den Aufnahmen die Betriebs- und Stempelstellengruppen der RGO. im Bereich des Ortskomitees Breslau?

Bildet sofort Werbekolonnen, keine Versammlung, wo nicht die Werbung für die RGO. durchgeführt wird, organisiert den Masseneintritt der Arbeiter in die RGO.!

Welches Ortskomitee meldet das nächstbeste Werbeergebnis?

Heraus zum Wettbewerb zwischen den Betriebsgruppen der RGO.!

Lagerplatz

Ein 7672 qm großer Lagerplatz, Osmiger Straße 6, ist ab 1. Juli 1931 zu vermieten.
Wietangebote sind an das Magistratsbüro II, Büchsenplatz 14, 3. Stod. B. 58, zu richten.

Max Berndt

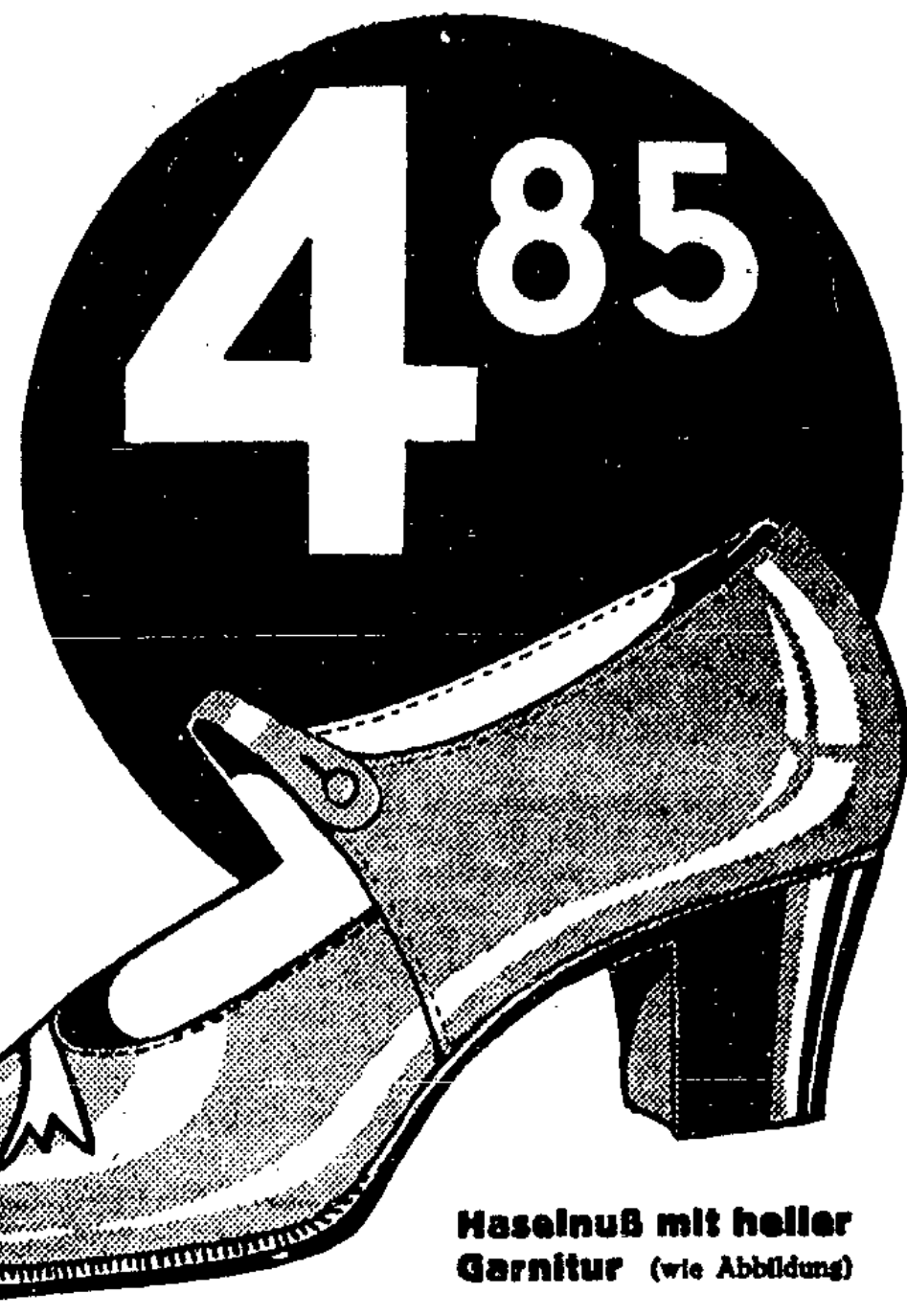
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Die Matkomitees sagen!

Am Freitag, dem 24. April, findet im Lokal „Oberstrom“, Uferstraße um 19.30 Uhr eine Sitzung aller Matkomitees der Stadtteile, Betriebe Stempelstellen und Massenorganisationen statt.

Alle Mitglieder der Matkomitees müssen pünktlich erscheinen. Es sind die letzten Vorbereitungen zum 1. Mai zu treffen.

10 billige Volkstage



Es wird immer erstaunlicher, immer unglaublicher, was wir in unseren Volks-Schuh-Tagen leisten. Daß die Preise in dieser Zeit denkbar niedrig sind, ist ja schon stadtbekannt. Diesmal bringen wir aber infolge überaus günstiger Einkäufe Angebote, die alles Bisherige in den Schatten stellen. Es sind durchweg Schuhe, die Sie bestimmt für viel teurer halten werden, als sie wirklich kosten.

Haselnuß mit heller Garnitur (wie Abbildung)

Von Freitag, den 24. April, bis Dienstag, den 5. Mai

Damen-Schuhe:

- Neubraune Spangenschuhe mit hellen Verzierungen u. dem bequemen Trotteur-Absatz 5⁷⁵
- Karamel-Kalbleder flotte Spangenschuhe mit Garnitur, überzogener Trotteur-Absatz 5⁹⁵
- Sportliche Schnürschuhe braun mit mode kombiniert, der richtige Lausichuh 6⁶⁵
- Feinfarbig kombiniert schöne neue Modelle in Spangenschuhen mit Trotteur- u. L. XV.-Absatz, ternier in schwarz, Wildleder mit Lack 6⁶⁵
- Die große Mode! Flechtische in besonders hübschen Farben, aus weichem Leder, in Pumps- und Spangenschuhen teils mit Trotteur-, teils mit L. XV.-Absatz 8⁶⁵

Sonder-Angebot in Tennisschuhen
weiß Leinen, mit angegossener Crèpe-Gummi-Sohle
Größe 22-28 1.85, 29-35 2.40, 36-42 2.85, 43-46 3.40

Damenstrümpfe

- Make, in modernen Farben 75 Pf.
- Seldenflor, gute, starke Qualität, und Waschseide mit Splitzerse 95 Pf.

Herren-Schuhe:

- Braune Halbschuhe Rindbox, halbspitze Form 6³⁵
- Lack-Halbschuhe moderne schlanke Form, weiß gedoppelt 7³⁵
- Sportstiefel mit kernigen Böden, wasserdichtes Futter, Regenlasche, braun 10.65, schwarz 9⁶⁵

Herrensocken

- Baumwolle, gemustert 45 Pf.
- Besonders starke Strapazierqualität 65 Pf.

Kinder-Schuhe:

- Haselnuß-Spangenschuhe mit heller Garnitur und Lack-Spangenschuhe, 31-35 4.75, 27-30 4²⁵
- Braune Halbschuhe mit modelfarbenem Einsatz, 31-35 5.35, 27-30 .. 4⁸⁵

Kinderstrümpfe

- Praktischer Schulstrumpf, Größe 1 30 Pf.
- Jede weitere Größe 4 Pf. mehr

Klausner Schuh-Elage

Ring 22 1.-3. Stock
Fahrtuhl

gegenüber dem Schweißnitzer Keller

Zahlungserleichterung durch Kunden-Kredit, Gartenstr. 67